Deutsches Historisches Institut Warschau
Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie

Newsletter 2021/1

Populäre Kultur in Mittel- und Osteuropa Gewalt in der Staatsführung Neue Ansätze zur Holocaustforschung Zum 50. Jahrestag des Warschauer Vertrags Adel ohne Grenzen Alltagsleben im besetzten Polen Visuelle Geschichte

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde des Deutschen Historischen Instituts Warschau!

Wir leben in turbulenten Zeiten. Zumindest hören wir diesen Satz täglich in den Medien, in den Äußerungen von Politikerinnen und Politikern, Journalisten, Kulturschaffenden und Wissenschaftlern. Er begegnet uns in eigenen täglichen Gesprächen, wir wiederholen ihn selbst – und das nicht erst jetzt in der Pandemie. Seit einigen Jahrzehnten erleben wir „Krisen", in denen wir glauben und behaupten – oder in denen behauptet wird – sie seien etwas grundsätzlich Neues, nie Dagewesenes: „Die Welt und das Leben werden nie wieder so sein, wie sie waren, wie wir sie kannten." Mit dieser Überzeugung kommentieren wir jede Krise, bis uns sehr bald gleich die nächste dazu bringt, die vorherige als entscheidenden Einschnitt zu vergessen.

Francis Fukuyama hat 1990 das Ende der Geschichte verkündet, weil er glaubte, eine Dynamik sei zur Erfüllung gekommen. Seit ungefähr 2001 leben wir in einem völlig anderen Endismus – nicht im fukuyamisch, romantisch-optimistischen, sondern in einem katastrophalen. Die Umfragen zeigen dasselbe wie die Entwicklung des Science-Fiction-Genres in Literatur und Film: Wir projizieren immer weniger optimistische Visionen in die Zukunft, wir glauben immer weniger an ihre Gestaltbarkeit. Stattdessen fürchten wir uns vor dem, was auf uns zukommt, vor dem Unkalkulierbaren. Wohl lediglich die ideologischen Schwärmer, die die Menschen nach wie vor zum Glücklichsein zwingen wollen, sehen das anders. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem „Zeitalter der Extreme" bringen sie durch ihre Erlösungsphantasien jedoch kaum etwas Neues hervor, sondern tragen vielmehr selbst zur Entstehung der Zukunftsängste bei.

Zygmunt Bauman hat in seinem letzten Buch über „Retrotopia" gezeigt, wie Utopien in Zeiten einer (scheinbar) ungestaltbaren Zukunft durch nostalgische Gedanken ersetzt werden. Anstelle der Zukunft wird dann häufig die Vergangenheit neu gestaltet und an eigene Visionen angepasst – durch die Macher nationalistischer Geschichtspolitiken ebenso wie durch die Straßengewalt der „angry users of social media" oder durch andere ähnlich engagierte Akteure. Immer mehr Geschichte im öffentlichen und sozialen Raum geht Hand in Hand mit immer weniger transkultureller Basiskompetenz, in welcher es als selbstverständlich gilt, dass Gesellschaften anderer historischer Zeiten als andere Kulturen betrachtet und daher aus sich selbst erklärt werden müssen. Eine Kultur (eine Epoche) über die Wertefolie der eigenen zu beurteilen birgt einen festen kolonialen Ansatz in sich: Das Leben in der permanenten Gegenwart, wie wir es zunehmend beobachten, macht auch eine geschichtsgesättigte Gesellschaft und Kultur ahistorisch, kulturell inkompetent, impotent und intolerant. Gerade in den ewigen Krisenzeiten, die wir glauben zu erleben, braucht die Gesellschaft wirkliche Geschichtsexpertise mehr denn je. Nicht um der Geschichte willen, sondern für die Gegenwart – und Zukunft.

Warschau, Juni 2021

Miloš Řezník
Institutsdirektor

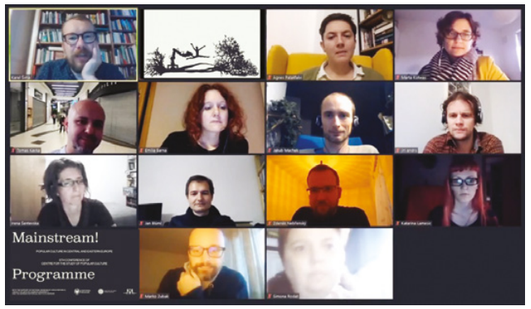
Tagungen / Workshops

Populäre Kultur in Mittel- und Osteuropa

Die Mainstream-Kultur gilt als populärste, zugänglichste und am weitesten verbreitete kulturelle und gesamtgesellschaftliche Ausdrucksform. Nichtsdestotrotz führt sie häufig zu lebhaften, ja kontroversen Diskussionen. Elemente der Mainstream-Populärkultur können zu Symbolen einer bestimmten Epoche werden und dabei unterschiedliche Bedeutungen erlangen. Dies bestätigt beispielsweise die widersprüchliche Wahrnehmung popkultureller Idole. Zu der englischsprachigen Konferenz „Mainstream. Popular Culture in Central and Eastern Europe" (29.–31.10.2020) kamen knapp 40 Forschende aus zwölf europäischen Ländern virtuell zusammen. An drei Tagen wurde der sogenannte Mainstream in der Populärkultur aus verschiedenen nationalen und kulturellen Perspektiven diskutiert.

Veranstaltet wurde die Online-Konferenz vom DHI Warschau in Zusammenarbeit mit der Philosophischen Fakultät der Prager Karls-Universität, dem Nationalmuseum der Tschechischen Republik und dem Zentrum für Studien zur populären Kultur. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag darauf, den „Zeitgeist" zu erfassen und den Mainstream als wichtige Wissensquelle zum Verständnis kultureller Werte, Traditionen und Veränderungen zu untersuchen. Darüber hinaus wurde Ostmitteleuropa als ein in dieser Hinsicht spezifisches regionales Phänomen kritisch untersucht. Um sich dem Thema anzunähern, wurde nach Manifestationen bestimmter kultureller Werte und Überzeugungen gefragt, die den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften eigen sind. Dabei ging es beispielsweise um die Frage nach langfristigen regionalen Vermächtnissen sowie um die Wechselwirkung zwischen lokalen bzw. regionalen Mainstream-Medienproduktionen und kulturellen Importen aus der weiteren, sich im Prozess der Globalisierung befindlichen Welt.

In ihrem Eröffnungsvortrag befasste sich Irena Reifová mit der Stigmatisierung der Unterschichten und deren Habitus in tschechischen Reality-TV-Programmen. Die folgenden Präsentationen hatten die Transformation der Fernsehserien-Kultur in der Türkei und der Ästhetik der digitalen Medien im Prozess der Globalisierung zum Gegenstand.



Verka Serduchka, Alias und Bühnenpersona des ukrainischen Popsängers Andrij Mychajlowytsch Danylko. Foto: Alina Vozna (2017), CC-BY-SA-4.0, Quelle: Wikimedia Commons

Der zweite Konferenztag begann mit einem Vortrag über Veruntreuungen im Nachkriegskino der Tschechoslowakei. Auf die Darstellung von Frauen in der jugoslawischen Männerzeitschrift Start wurde anschließend ebenso eingegangen wie auf Erinnerungen an die westliche Populärkultur während des kommunistischen Regimes in Rumänien. Auf Grundlage qualitativer ethnographischer Forschung wurden die Sehnsucht nach dem Westen und die Jugendmode im Warschau der 1980er Jahre untersucht. Damals träumten junge Menschen von westlicher Kleidung.

Die folgenden Panels widmeten sich der musikalischen Seite der Populärkultur in Polen, Ungarn, Jugoslawien, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Es wurde diskutiert, wie subkulturelle Musikbands während der postkommunistischen Transformation in den Musik-Mainstream integriert wurden. Die Erkenntnis, dass populäre Musik häufig zum entscheidenden Faktor bei der Konstruktion nationaler Identitäten wurde und oft zur Verbreitung populistischer Ideologien beitrug, bildete dabei einen der thematischen Schwerpunkte.

Zum Abschluss der Konferenz wurden verschiedene Beobachtungen über sogenannte Kulturkriege und die Geopolitik der Popkultur auf Grundlage persönlicher Erfahrungen präsentiert. Neben der breiten Themenpalette zeigten die unterschiedlichen Herangehensweisen und Ergebnisse, dass die Erforschung von Mainstream und populärer Kultur im späten Kommunismus und Postkommunismus noch ganz am Anfang steht. Die Vielzahl an Fragen während der angeregten Diskussionen lässt auch zukünftig auf einen fruchtbaren Austausch und zahlreiche weitere Forschungen dieser Art hoffen. ■

«Wenn wir uns zusammentun, entsteht Qualität.
Und darum geht es uns in der populären Musik vor allem.»

– Zitat aus dem tschechoslowakischen Film „Jak básníci přichází o iluze"
(Wie Poeten ihre Illusionen verlieren)

Gewalt in der Staatsführung

Gewalt in der Staatsführung stellte im beginnenden 20. Jahrhundert keine Seltenheit dar. Die komplexe Beziehung zwischen Staatszerfall und Gewalt in Ostmitteleuropa war Thema unserer internationalen Konferenz im November. Die Vorträge konzentrierten sich auf die Darstellung unterschiedlicher gewalttätiger Gruppen und deren Beziehungen zu staatlichen Akteuren. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Themen wie Paramilitarismus, Warlordismus, Terror, Pogrome und Bevölkerungspolitik.

„When Did the Great War End?" Mit dieser Frage leitete John Horne (Dublin) seine Keynote ein. Darin erklärte er seine Perspektive auf die Erforschung von Gewaltherrschaft. Aus seiner Sicht können wir die Geschichte des Ersten Weltkriegs nur dann verstehen, wenn wir ein transnationales Verständnis und ein Bewusstsein für Ursprünge, Natur und Folgen von Gewalt entwickeln.

Die Beiträge des anschließenden ersten Panels verdeutlichten Zusammenhänge zwischen Sozialordnung, Verwaltungsgewalt und Kriminalität während und nach dem Ersten Weltkrieg. Den Auftakt machten ein Vortrag über die Militäradministration, Gewalt und Zivilpersonen in Litauen zwischen 1914 und 1918 und eine Beschreibung des Phänomens Banditismus als Nebeneffekt der militärischen Gewalt gegen die lokale Bevölkerung in Litauen.

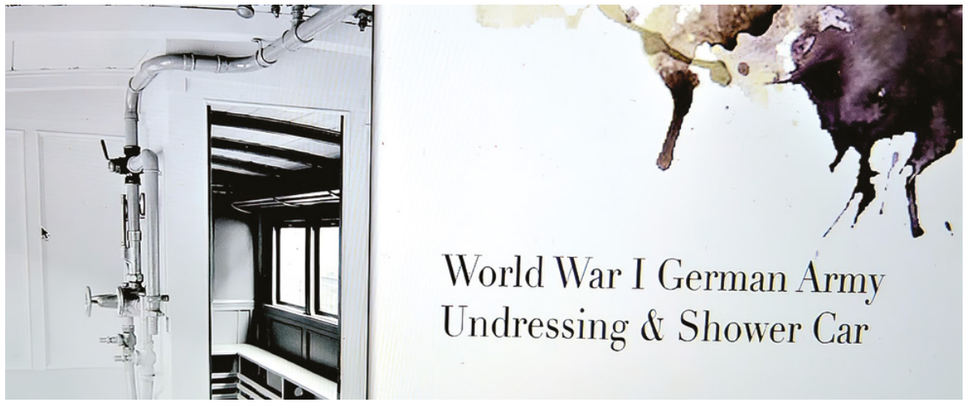
Das zweite Panel thematisierte die Gewalt nach dem Ersten Weltkrieg in Ungarn, Polen und Litauen. Neben Motivationen der rechten paramilitärischen Gruppen in der Phase des „Weißen Terrors" in Ungarn kamen Aktivitäten von paramilitärischen „spin off"-Gruppen während der Kämpfe um das polnische Westgrenzland ebenso zur Sprache wie die „Logik der Gewalt" während des Polnisch-Litauischen Kriegs.

In der Sektion „Krisen, Umverteilungen und Epidemien" stand die Rolle der Eisenbahn nach Ende des Ersten Weltkriegs in Ostmitteleuropa im Mittelpunkt. Maciej Górny (Warschau) unterstrich den Einfluss der Eisenbahn auf die Verbreitung von Gewalt. Daran anknüpfend wurde die symbolische und physische Gewalt im Kampf gegen Typhus in den polnischen Eisenbahnen und an den Repatriierungspunkten in den Jahren 1918 bis 1922 diskutiert. Dem Thema Antisemitismus widmeten sich die Referate im letzten Panel. Auf einen Vortrag zur antisemitischen Gewalt in Litauen und Rumänien folgte ein Beitrag zu den militärischen Pogromen in Litauen 1919 und 1920 mit einer Fallstudie des Pogroms in Panevėžys. Anschließend wurden die Radikalisierung der antisemitischen Gewalt in Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg sowie die Herausforderungen vergleichender historischer Forschung zur Gewalt in der Nachkriegszeit diskutiert.

Der Abschlusskommentar von Ronald Suny (Ann Arbor) rundete die informative und gelungene Tagung ab, indem er die Vorträge zusammenfasste und verschiedene Anregungen einordnete. Suny resümierte unter anderem, dass Gewalt gleichzeitig als Produkt und „Geburtshelfer" der Entstehung von Nationalstaaten betrachtet werden könne.

Die Online-Tagung „Violence and the Crisis of Governance in East Central Europe" fand am 13. November 2020 in Vilnius statt. Die Veranstaltung, an deren Organisation unsere dortige Außenstelle maßgeblich beteiligt war, wurde durch das Litauische Historische Institut initiiert. Ein zusammenfassender Tagungsband in englischer Sprache unter der Herausgeberschaft der Organisatoren ist geplant. ■

Foto: Łukasz Mieszkowski



Blick in die Dauerausstellung des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau. Foto: Adrian Gryczuk (2017), CC-BY-SA-3.0-PL, Quelle: Wikimedia Commons

Neue Ansätze zur Holocaustforschung

In der zehnten internationalen Konferenz „Genealogies of Memory" (4.–26. November 2020) ging es darum, den aktuellen Forschungsstand zum Holocaustgedenken einzuordnen und zu bewerten. Untersucht wurde der Holocaust zwischen globalen und lokalen Perspektiven.

Den Kontext hierfür bildeten zum einen die Globalisierung der Erinnerung und die Universalisierung des Holocausts, zum anderen die Erweiterung der zugänglichen Quellenbasis in der Holocaustforschung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Ein dritter Aspekt war die kürzlich erfolgte „empirische Wende" in der Holocaustforschung, die zur Erschließung neuer, bisher verkannter Quellen führte sowie zu Untersuchungen lokaler Räume und Materialitäten, beispielweise mittels forensischer Ansätze oder im neuen Feld der Umweltgeschichte des Holocausts.

Im Rahmen der Konferenz wurde das Zwischenspiel zwischen einer allumfassenden (globalen, kosmopolitischen, transnationalen, europäischen) Erinnerung an den Holocaust und der im örtlich begrenzten Kulturraum spezifischer historischer Erfahrungen verankerten Dimension (lokal, ethnisch, national) diskutiert. Die Veranstaltung wurde vom European Network Remembrance and Solidarity (ENRS) in Kooperation mit der Berliner Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas organisiert. Das DHI Warschau, vertreten durch Zofia Wóycicka, war eine der zahlreichen polnischen und internationalen Partnerinstitutionen.

An der Konferenz nahmen über 50 anerkannte Expert:innen sowie Nachwuchswissenschaftler:innen aus sechzehn verschiedenen Ländern teil. Vertreten waren unter anderem die Geschichts-, Kultur-, Sprach-, Literatur- und Politikwissenschaften sowie die Soziologie. Die Keynotes hielten Omer Bartov, Piotr Cywiński, Ewa Domańska, Jackie Feldman, Éva Kovács, Mindaugas Kvietkauskas und Daniel Levy. In acht Online-Sitzungen, die über einen Zeitraum von vier Wochen abgehalten wurden, diskutierten die Teilnehmenden verschiedene Aspekte der Holocaust-Erinnerungsforschung. Ethische Fragen standen dabei ebenso im Fokus wie die Analyse lokaler, europäischer und globaler Wirkungen.

Neben forensischen Aspekten bildeten lokale Dimensionen des Holocausts einen weiteren Schwerpunkt. Hier standen unter anderem die Sprachen der Überlieferung im Vordergrund. So behandelte eine sehr interessante Sektion Claude Lanzmanns Film Shoah und die Auslassungen in den Filmuntertiteln.

Auch dem Ringelblum-Archiv als früheste Bemühung um eine Historiografie des Holocausts wurde eine eigene Sektion gewidmet, in deren Mittelpunkt die Bedeutung des Archivs für die internationale Forschung stand. Den Abschluss bildete eine Debatte zur aktuellen Holocausterinnerung. Unter dem Titel „Holocaust Memory and Research in the 21st Century: Between the Global and the Local" zog die Diskussion einerseits ein Resümee der gesamten Veranstaltung und warf gleichzeitig eine Reihe neuer Fragen auf. An der von Małgorzata Pakier moderierten Diskussion nahmen Ewa Domańska, Éva Kovács, Jackie Feldman und Daniel Levy teil. ■

Zum 50. Jahrestag des Warschauer Vertrags

Am 7. Dezember 1970 kniete Willy Brandt vor dem Warschauer Ghetto-Ehrenmal nieder. Sein Kniefall gilt unter anderem als Geste der Betroffenheit und Bitte um Vergebung. Nun jährte sich dieser Tag, an dem der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen unterzeichnet wurde, zum 50. Mal. Anlässlich dieses für die deutsch-polnischen Beziehungen bedeutenden Jahrestages fand im Dezember 2020 eine Fachkonferenz statt.

«50 Jahre Kniefall»

Organisatoren waren neben dem DHI Warschau die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und die Stiftung Amicus Europae. Aufgrund der eingeschränkten Reisemöglichkeiten kamen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, Polen, Frankreich, Japan, Finnland und den USA nicht wie geplant im Warschauer Karnicki-Palais zusammen, sondern tauschten sich online über aktuelle Forschungsergebnisse aus. Über einen Livestream wurde die Veranstaltung zudem einem öffentlichen Publikum zugänglich gemacht. Die Konferenz widmete sich dem Thema „Versöhnungspolitik" in einem breiteren historischen Kontext. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Fragen danach, wie sich Versöhnung definieren lässt, unter welchen Umständen sie gelingen kann, und welche Bedeutung dabei Gesten und Emotionen zukommt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die Versöhnungsprozesse anstoßen und vorantreiben. Auch die Rolle von Prozessen des Erinnerns und Vergessens für eine gelingende Versöhnung wurde am Beispiel verschiedener binationaler Konflikte und den nachfolgenden Schlichtungsbemühungen diskutiert. ■

Johann Hennenberger: Stemmata genealogica praecipuarum in Prussia Familiarum Nobilium, Ende 16. Jh., Seite der Familie Dohna (Detail), Quelle: public domain: http://kpbc.umk.pl/dlibra/doccontent?id=3096

Adel ohne Grenzen?

Künstlerischen Darstellungen und dem Problem der regionalen Identität im Preußen der frühen Neuzeit widmeten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des internationalen Workshops am 4. März 2021. Die Veranstaltung mit dem Titel „Adel ohne Grenzen? Identitäten und Repräsentation zwischen Königlichem und Herzoglichem Preußen" (Szlachta bez granic? Tożsamości i reprezentacje w Prusach Królewskich i Książęcych") fand online statt, die Vorträge wurden simultan in polnischer und deutscher Sprache gehalten.

Nach der Begrüßung durch die Organisatoren Sabine Jagodzinski (DHI Warschau) und Rahul Kulka (Cambridge, MA) stellte Karin Friedrich (Aberdeen) in ihrem Einführungsvortrag die wichtigsten Probleme im Zusammenhang mit der Geschichte des frühneuzeitlichen Königlichen und Herzoglichen Preußens vor. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Identitätsproblem des preußischen Adels, dessen Beziehungen zur Republik Polen und der unterschiedlichen politischen und kulturellen Entwicklung beider Teile Preußens. Friedrich verwies auf das im lokalen Adel vorherrschende Gefühl der eigenen preußischen Besonderheit, das mit dem gleichzeitigen Wunsch einherging, enge Beziehungen zur Rzeczpospolita aufrechtzuerhalten. In ihrem Vortrag berücksichtigte sie auch die Änderung des Ansatzes zur Erforschung der Kultur dieses Gebiets (Abweichung vom Konzept der Polonisierung oder Germanisierung Preußens).

Das erste Panel – Kirchenbau und Konfession – war den kirchlichen Adelsstiftungen der beiden größten Konfessionen Preußens (lutherisch und römisch-katholisch) gewidmet. Franciszek Skibiński (Thorn) präsentierte verschiedene Formen adliger Sepulkralkunst in den evangelischen und katholischen Kirchen preußischer Städte. Piotr Birecki (Thorn) nahm das Thema der Auswirkungen der Reformation und der evangelischen Konfessionalisierung im Herzogtum Preußen auf. Gleichzeitig vertrat er die These, dass der strenge Lutheranismus, der unter den lokalen Adligen vorherrschte, den Konservatismus und die Erstarrung in der lokalen Sakralkunst beeinflusst. Eine Ausnahme sei der reformierte Adel gewesen, der mit dem kalvinistischen Fürstenhof verbunden und aus religiösen Gründen den Einflüssen des neuen Stils der niederländischen Spätrenaissance ausgesetzt war.

Im Panel „Kult und Liturgie" setzte sich die Frage nach dem Einfluss des Adels auf die sakrale Kunst in Preußen fort. Michał F. Woźniak (Thorn) schilderte die Problematik der liturgischen Ausstattung, die von höheren katholischen Geistlichen finanziert wurde. Er betonte den Einfluss konfessioneller Kontroversen auf den Stil einzelner Arten von Gegenständen, die in der Liturgie verwendet wurden. Dabei machte er darauf aufmerksam, dass in preußischen Stiftungen weniger familiär bedingte Machtdemonstrationen erkennbar seien als in anderen Gebieten der Republik

Polen. Dies stehe mit der Dominanz der protestantischen Handwerker in diesem Bereich in Zusammenhang. Anschließend stellte Sabine Jagodzinski die Ergebnisse ihrer Forschung vor. Anhand mehrerer Kirchenbeispiele in kleinen Zentren Königlich Preußens zeigte sie, wie adlige Stifter ihre Identitäten zum Ausdruck brachten. Durch die Präsentation spezifischer Schutzheiliger und historischer Persönlichkeiten versuchten sie u.a., ihre Loyalität gegenüber der Republik Polen zu demonstrieren.

Das Abschlusspanel stand unter dem Titel „Weltliche Symbole und Herrschaft" und widmete sich dem Problem der Repräsentation des preußischen Adels im säkularen Raum. Anna Oleńska (Warschau) stellte dieses Thema aus einer vergleichenden Perspektive vor. Sie präsentierte die Figur eines polnischen Magnaten von außerhalb Preußens, der seine luxuriösen Maßnahmen oft in Danziger Werkstätten in Auftrag gab. Sabine Bock (Schwerin) wiederum zeigte adlige Architektur im Kontext der gesamten Region der südlichen Ostseeküste. Gleichzeitig erläuterte sie die stilistischen Veränderungen im 16. und 17. Jahrhundert und griff das Problem des Einflusses der politischen und wirtschaftlichen Situation auf die Entwicklung von Architekturplänen des Adels in der Region auf. Gegenstand der letzten Präsentation von Rahul Kulka war ein Album mit genealogischen Zeichnungen des königlichen Hofmalers Johann Hennenberger, anhand dessen die Frage der Genealogie und Heraldik als Ausdruck der Repräsentation eines adligen Standesgefühls diskutiert wurde.

Die Vorträge des überaus gut besuchten Online-Workshops zeigten die Vielfalt der Darstellungsformen des preußischen Adels und ihren Einfluss auf die Entwicklung der lokalen Kunst. Sie nahmen auch das Problem der religiösen und politischen Identifizierung des Adels von Königlichem Preußen und Herzogtum/Königreich Preußen mit ihren übergeordneten Bezugsregionen auf und regten lebhafte wissenschaftliche Diskussionen an. ■

Alltagsleben im besetzten Polen

Quelle: Nationales Digitales Archiv Polen

Martin Borkowski-Saruhan, der am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Georg-August-Universität Göttingen forscht, hatte diesen Workshop geplant. Ursprünglich sollte dieser im Frühjahr 2020 am DHI Warschau stattfinden: in Polen, im Zentrum des Forschungsgebietes der Teilnehmenden. Nun lud der Veranstalter am 11. und 12. März 2021 online dazu ein.

In vier Panels stellten deutsche, polnische und russische Doktorand:innen und Postdoktorand:innen Aspekte ihrer Arbeiten vor. Die Präsentationen konzentrierten sich auf den verflochtenen Alltag der Besatzer und der Besetzten. Dabei spielten private Strategien einer imaginierten Normalität (Friedrich Cain, Wien) ebenso eine Rolle wie Verbrechen und Strafverfolgung im Ghetto (Judith Vöcker, Leicester) oder Debatten, die in der Untergrundpresse geführt wurden (Justyna Majewska, Warschau). Der Zugriff erfolgte mittels sehr unterschiedlicher Quellen, zu denen autobiografische Schriften (Martin Wiesche, München), wie auch Fotos (Martin Borkowski-Saruhan, Göttingen) hinzugezogen wurden. Interessant war ebenfalls der Blick auf den polnischen Alltag der Jahre 1944/45 unter der Besatzung der Roten Armee (Elena Lopatina, Moskau). Das letzte Panel war historiografischen Fragen gewidmet: Zum einen ging es um die Darstellung des Alltagslebens in Andrzej Wajda's Filmen (Maria Frolova, St. Petersburg), zum anderen wurden verschiedene erinnerungskulturelle Zugänge in polnischen Museen aufgezeigt (Ramona Bechauf, Göttingen).

Die äußerst anregende Veranstaltung schloss mit einem Kommentar von Kerstin Bischl und Anke Hillbrenner (beide Göttingen). Innerhalb des Workshops hielt Jerzy Kochanowski (Warschau) eine anregende Keynote unter der Überschrift: „Everyday Lives in Occupied Poland. Some Ideas for a (Slightly) Different Perspective" (siehe S. 14). Er wies darauf hin, dass alle seine dargestellten Forschungsergebnisse noch lange keine systematische Darstellung des Alltagslebens im besetzten Polen ergeben. Die Präsentationen der Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer tragen in jedem Fall wesentlich dazu bei. ■

Online-Gespräche zu Visual History

Ein amerikanischer Soldat fotografiert seine Verlobte im zerstörten Berlin. Quelle: Heute Nr. 34 (1947), S. 20.

Im März 2020 wurde der polnischsprachige Sammelband „Historia wizualna. Obrazy w dyskusjach niemieckich historyków [Visuelle Geschichte. Bilder in Diskussionen deutscher Historiker]" veröffentlicht. Anlässlich dieser Neuerscheinung haben wir eine Online-Gesprächsreihe zur visuellen Geschichte gestartet. Im Rahmen der Interviewserie sprechen wir mit Autorinnen und Autoren des Bandes sowie mit weiteren polnischen und europäischen Forschenden. Auf diese Weise möchten wir das Erzählen durch Bilder, die Verwendung von visuellem Material als historische Quellen sowie die Besonderheit vergangener visueller Kulturen diskutieren.

Dank seines breiten Umfangs und im Dialog mit anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen eröffnet das Konzept der „Visual History" neue Möglichkeiten des Denkens über die Vergangenheit. Alle Filme sind über unsere Internet- und Facebookseite abrufbar und mit deutschen bzw. polnischen Untertiteln versehen.

Den Auftakt machte ein einführendes Gespräch mit Magdalena Saryusz-Wolska. Die Herausgeberin gibt eine kurze Einführung dazu, was sich hinter dem Begriff „Visual History" verbirgt, und wie Untersuchungen in diesem Themenfeld aussehen. Im zweiten Film ist Annette Vowinckel vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam zu Gast. Die Historikerin ist eine der Autorinnen des polnischsprachigen Buches. In ihrem Text beschreibt sie das Schicksal jüdischer Fotografen, die aufgrund der Verfolgung durch die Nazis in die Vereinigten Staaten emigrierten. Es geht um den von ihr geprägten Begriff der „Bildagenten" und die Methodik der Forschung zur Geschichte der Fotografie. Als dritte Expertin konnten wir Judith Keilbach von der Universität Utrecht gewinnen. Die Film- und Fernsehwissenschaftlerin analysiert das Verhältnis von Geschichte und Fernsehen. Ihr Artikel über den Einsatz von Zeitzeugen in Fernsehdokumentationen erschien ebenfalls im Sammelband. Gesprächspartner unseres vierten Interviews zu Visual History ist Piotr Witek (Maria-Curie-Skłodowska-Universität Lublin). Im Gespräch mit Magdalena Saryusz-Wolska erklärt er, wieso Historikerinnen und Historiker fiktionale Geschichtsfilme erforschen und erläutert seine Perspektive auf die Funktion des Filmregisseurs. Im fünften Onlinegespräch stellen wir ein Projekt vor, das am DHI Warschau durchgeführt wurde. Die stellvertretende Direktorin Ruth Leiserowitz spricht über Bedeutung und Nutzen der Analyse von Familienfotos. Piotr Zwierzchowski gibt im sechsten Film Einblicke in seine Arbeit zur Geschichte des Kinos und verrät, wonach Filmwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in Archiven suchen. Der siebte Teil der Reihe widmet sich dem Grenzbereich von Kunst- und Regionsgeschichte. Sabine Jagodzinski spricht über interdisziplinäre Methoden bei der Erforschung der Geschichte des Adels im Königlichen Preußen des 17. und 18. Jahrhunderts. Damit teilt sie Erkenntnisse ihres aktuellen Forschungsprojekts am DHI Warschau. Manfred Posani Loewenstein, Kulturhistoriker und Mitherausgeber der Zeitschrift „Visual History", erläutert in der achten Folge, was Visual History für ihn persönlich bedeutet. Außerdem verrät er, ob es eine besondere italienische akademische Tradition gibt, visuelle Geschichte zu untersuchen.

Der von Magdalena Saryusz-Wolska herausgegebene Sammelband erschien als 25. Band der Reihe „Klio in Deutschland", die gemeinsam mit dem Wissenschaftsverlag Scholar herausgegeben wird. ■

Historia wizualna. Obrazy w dyskusjach niemieckich historyków, Klio in Deutschland, Bd. 25, Scholar, Warschau 2020, 412 S., ISBN: 978-83-65390-56-1.

Vorträge

Dienstagsvorträge in Warschau

27. Oktober 2020 (online)

Bernhard Struck & Marcel Koschek
Polnische Esperantisten als lokale Internationalisten? Die Esperantobewegung in Ostmitteleuropa, von den 1880er Jahren bis 1930

Gleich zwei Premieren galt es am 27. Oktober 2020 für das DHI Warschau zu meistern: Zum einen fand aufgrund der COVID-19-Pandemie erstmals ein Dienstagsvortrag online statt und zum anderen befand sich das Referentenduo ebenfalls an zwei unterschiedlichen Orten, in Prag und St. Andrews (UK). Liest man beides als Merkmale einer internationalen und globalen Kommunikation, fügten sie sich passgenau in das Thema des Vortrags.

Eintrittskarte zum 2. Esperanto-Kongress in Genf (1906). Quelle: Wikimedia Commons

Bernhard Struck und Marcel Koschek führten die mehr als 40 virtuell Anwesenden – u.a. aus Polen, Deutschland, Litauen, Tschechien und Japan – in die Esperantobewegung ein, die im ausgehenden 19. Jahrhundert von Ludwik Leijzer Zamenhof erfunden wurde und von dessen polnischer Heimat aus schnell Anhänger in ganz Europa und darüber hinaus fand.

Zunächst stellte Struck die Ziele des Projekts vor, um anschließend nach komplexen räumlichen Bezügen auf personalen, lokalen, regionalen, nationalen und globalen Ebenen der Bewegung und Netzwerken der Esperantisten und Esperantistinnen zu fragen. Als Quellen dienten systematisch angelegte Adressbücher und Kongressmaterialien sowie zahlreiche Fachjournale. Die so erfassten sozialgeografischen Daten wurden mittels Karten visualisiert, womit zum Beispiel Verbindungslinien aktiver Esperantist:innen von Großbritannien bis Böhmen aufgezeigt wurden. Netzwerkgrafiken veranschaulichten Konnexe der lokalen und regionalen Subgruppen. Insbesondere die regionsspezifischen Untersuchungen verdeutlichten die Heterogenität der bislang oft als Einheit behandelten Esperantist:innen. In der Diskussion interessierten unter anderem Fragen nach der Zugehörigkeit zu und Vernetzung mit anderen Reformbewegungen um 1900, wie der Freidenker- oder der Frauenrechtsbewegung. Dabei kamen zahlreiche Überlappungen zum Vorschein, ebenso wie der Wandel der Subgruppen der Bewegung von der Anfangsphase bis zur Zwischenkriegszeit.

Der Doppelvortrag erwuchs aus dem Forschungsprojekt „Esperanto and Internationalism, c. 1880s–1920s" (seit 2019). Dieses wird geleitet von Bernhard Struck, Associate Professor in Modern European History an der Universität St. Andrews (UK) und Gründungsdirektor des Institute for Transnational & Spatial History in St. Andrews, an dem das Projekt angesiedelt ist. Der Historiker Marcel Koschek ist daran mit seinem Dissertationsvorhaben „Local Internationalists. Polish and Central European Esperantist Networks between the local, national and global, 1880–1920s" beteiligt.

Wie bei der analogen Form wurde auch diese Veranstaltung simultan deutsch und polnisch gedolmetscht. Die inhaltlich wie technisch gelungene Auftaktveranstaltung stimmt zuversichtlich, dass die folgenden Dienstagsvorträge mithilfe dieses neuen Kommunikationssystems ebenso starken Zulauf erfahren werden, wie seinerzeit die immer noch lebendige Esperantobewegung. ■

24. November 2020 (online)

Michael Gehler
Von der Teilung des Kontinents zur Westintegration Europas 1945–1991. Die Marktlogik als Ausdruck politischer Zweckrationalität

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Krise(n). Seit den späten 2000er und 2010er Jahren erlebt der alte Kontinent eine ökonomische, politische und gesellschaftliche Überhitzung. Diese ist durch Finanzturbulenzen und Fluchtbewegungen gekennzeichnet wie durch den Brexit, zunehmend autokratische bzw. autoritäre Regierungsformen in Ungarn und Polen, und schließlich die COVID-19-Pandemie. Das Bedürfnis, diese Entwicklungen historisch einzuordnen und zu fragen, was die EU eigentlich „leiste", erscheint allgegenwärtig. Folglich kam ein Vortrag, der sich mit der Geschichte der europäischen Integration befasst, zur rechten Zeit. Vor einem internationalen, virtuellen Publikum spannte Michael Gehler (Hildesheim) einen breiten Bogen von den Ausgangsbedingungen der Nachkriegszeit und der Gründung der Montanunion, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Atomgemeinschaft (EURATOM) 1951–1957 über die Nord-, Süd- und Osterweiterungen bis zum Maastrichter Vertrag 1992. Seinen Forschungen zufolge spielten die Westalliierten zu Beginn eine Schlüsselrolle. Sie hätten es ermöglicht, 1949 einen westdeutschen Staat ins Leben zu rufen. Mit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO 1955 und den Römischen Verträgen von

Europäische Zentralbank, Frankfurt 2015, Quelle: Wikimedia Commons

1957 seien dann die Fundamente für die Integration Westeuropas gelegt worden. Daran anknüpfend diskutierte der Historiker die Frage, warum die BRD, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder bereit waren, freiwillig auf Teile ihrer Souveränität zu verzichten. Kurzfristig hätten sie es sich zum Ziel gesetzt, eine Zollunion zu schaffen und den freien Warenverkehr zuzulassen, auf längere Sicht jedoch eine engere institutionelle Fusionierung angestrebt. Die abschließende Diskussion betraf historische Dimensionen der Rechtsstaatlichkeitsentwicklung und das Vetorecht ebenso wie den Prozess der EU-Konstitutionalisierung und die Reflexion über zukünftige Süd- und Ostgrenzen der Union. ■

26. Januar 2021 (online)

Frank Bösch
Die Polenreise des Papstes 1979

Die erste Polenreise von Papst Johannes Paul II. im Juni 1979 gilt als bedeutender Wendepunkt in der polnischen Zeitgeschichte. Doch welchen Einfluss hatte die Reise des Papstes global betrachtet? Diese Frage stellte Frank Bösch, Direktor des Leibniz-Instituts für Zeithistorische Forschung in Potsdam, im Dienstagsvortrag am 26. Januar 2021. Der Professor für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts präsentierte sein 2019 erschienenes Buch „Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann" einem internationalen, virtuell zugeschalteten Publikum. Ausgangspunkt war die Kontextualisierung des Papstbesuchs mit anderen Ereignissen von 1979. Dieses Jahr sei als „weiche" Zäsur zu sehen, so der Historiker. Im Mittelpunkt des Onlinevortrags standen globalgeschichtliche Wirkungen der Ereignisse von 1979 auf nationale Entwicklungen sowie vice versa. Ergänzend dazu erfolgte eine Perspektivausweitung auf das „Wendejahr" 1989 als bedeutenden Bezugspunkt der (deutschen) Geschichte. Der Referent unterstrich, dass sich die Ereignisse von 1989 nicht aus sich selber erklären ließen.

Quelle: Verlag C.H. Beck

Ins Zentrum seines Vortrages stellte Bösch strukturelle Wandlungs- und Kommunikationsprozesse vor und nach 1979, die die (Medien-)Ereignisse des Jahres erst ermöglichten. Er kontextualisierte die titelgebende Reise von Johannes Paul II. mit der Iranischen sowie der Sandinistischen Revolution in Nicaragua, mit den als „Boat People" bezeichneten Flüchtlingen aus Südostasien, mit dem Aufstieg des Neoliberalismus sowie mit der wirtschaftlichen Öffnung der Volksrepublik China. Als Basis all dieser Entwicklungen nannte er zwei grundlegende Veränderungen: Auf der einen Seite sei ein Wandel der Mediennutzung zu beobachten. Diesen verdeutlichte er am Beispiel der medial unterstützten Konstruktion neuer Führungspersönlichkeiten (neben Johannes Paul II auch Margaret Thatcher oder Deng Xiaoping), welche den „Lauf der Dinge" maßgeblich beeinflussen konnten. Und auch dem Live-Charakter des Mediums Fernsehen maß er in diesem Zusammenhang große Bedeutung zu. Auf der anderen Seite seien die 1970er Jahre von einer generellen Krisenwahrnehmung geprägt gewesen – ausgelöst u.a. durch die Ölkrise, ökologische Herausforderungen und militärische Aufrüstung. Im Jahr 1979 sei zudem ein Aufbrechen der bipolaren Weltordnung und der verstärkten Propagierung „dritter Wege" zu beobachten.

Am konkreten Fall des Papstbesuches verdeutlichte der Vortragende den besonderen Charakter der Papstreise: Nach 200 Jahren ohne vergleichbare Auslandsfahrten hätten sich die Inhaber des Stuhles Petri erst seit Paul VI. wieder auf Reisen begeben. Die Reiseintensität Johannes Pauls II. jedoch habe die seiner Vorgänger deutlich in den Schatten gestellt. Gleichzeitig, so Bösch, offenbare gerade der Besuch seines Heimatlandes einen Konflikt zwischen Staat und Kirche um den Charakter sowie die Darstellung des Besuches in den staatlichen polnischen Medien. Als besonders bedeutende Aspekte nannte er in diesem Zusammenhang den professionellen Umgang des Papstes mit den Massenmedien sowie die Entwicklung des Fernsehens und charakterisierte ihn somit als stellvertretendes Beispiel für die oben genannten medial konstruierten Führungspersönlichkeiten. Gerade die Spontanität des Papstes während seines Besuchs wie auch dessen durchgängige Begleitung durch das Fernsehen, welches in seiner Rolle als Live-Medium zudem eine Schutzwirkung vor (staatlicher) Gewaltanwendung besessen habe, hätten eine unzensierte Unmittelbarkeit der Ereignisse erzeugt.

Frank Bösch verwies zudem auf eine veränderte Wahrnehmung Polens, beeinflusst durch die mediale Darstellung der Reise. Der Umstand, dass die ganze Welt auf Polen zu blicken schien, habe zu einer Verkehrung des Polenbildes in westlichen

Ländern und einer Politisierung der Religion geführt. Polen sei fortan als katholisches Land im sozialistischen „Ostblock“ wahrgenommen worden. Zugleich wies er darauf hin, dass Polen hinsichtlich der Erstarkung religiös motivierter (Gegen-) Bewegungen keinen Einzelfall darstelle. Zur Veranschaulichung dessen zog er Parallelen zu Entwicklungen in der DDR und den USA und kam zu dem Schluss, dass die Zeitenwende 1979 auch eine „Rückkehr des Religiösen in den öffentlichen Raum“ bedeutete.

Die abschließende Diskussion unterstrich die zuvor thematisierte Bedeutung der Papstreise. Einige der zu Wort gekommenen Teilnehmer:innen teilten ihre persönlichen Erinnerungen an diese Zeit und die Wahrnehmung des Papstbesuches als „historisches Ereignis“. Diskutiert wurde ferner die Einschätzung des Referenten nach einem Aufbrechen der bipolaren Weltordnung sowie die Rolle und Funktion der Medien – sowohl im (langfristigen) Vorfeld als auch bei der Herstellung dieser Ereignisse. Frank Bösch verwies dabei auf die unterschiedliche Durchdringung mit elektronischen wie analogen Massenmedien in den jeweiligen Regionen. Zur Frage nach dem eingangs vorgestellten Verhältnis zwischen Strukturen und Ereignissen wurde bemerkt, dass sich Ereignisse auch als Manifestationen struktureller Wandlungsprozesse interpretieren lassen. ■

11. März 2021 (online)

Jerzy Kochanowski
Everyday Lives in Occupied Poland. Some Ideas for a (Slightly) Different Perspective

Nachdem sich Jerzy Kochanowski (Warschau) mit der Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit unter dem besonderen Fokus des Schwarzmarktes befasst hat, verwundert es nicht, dass er seinen Forschungsfokus nun um die erste Hälfte der vierziger Jahre erweitert. Damit wirft er jetzt einen vertiefenden Blick auf die Geschichte des kleinen Mannes und der kleinen Frau zur Zeit der deutschen Besatzung Polens.

In seinem Vortrag erwies er sich als umfassender Kenner der polnischen Gesellschaft der Kriegszeit. Dieses Wissen konnte er mit einer Fülle von Zitaten, Karikaturen und Illustrationen belegen. Seinen analytischen Blick in den Zustand des besetzten Polens begann er mit der wichtigen Feststellung, dass es zu starken territorialen Migrationen kam, da das Territorium administrativ stark zerklüftet war. Gleichzeitig hätten Veränderungen bzw. Verschiebungen eine unterschiedliche Intensität der Besatzungsregime bewirkt. Alle hätten versucht, die für sich bestmögliche Situation zu finden, und sich dann mit den Gegebenheiten zu arrangieren. Der größte Teil der Besatzungszeit sei weder dem Widerstand noch dem Kampf gegen die Besatzer gewidmet gewesen, sondern habe sich auf Bemühungen erstreckt, den Herausforderungen des Alltags gerecht zu werden. Für die Zivilbevölkerung sei es darum gegangen, die private Lage zu stabilisieren. Dies habe auch dazu geführt, untergeordnete Tätigkeiten in deutschen Institutionen anzunehmen bzw. in germanisierten Einrichtungen fortzuführen, um der Familie eine materielle Versorgung garantieren zu können. Der Historiker zählte hier verschiedene Strategien auf.

Die hohe Inflation, das eingefrorene Lohnniveau und eine große Arbeitslosigkeit hätten ein Auskommen vielfach erschwert. War die Situation aber relativ gesichert, sei es durchaus auch zu einer, wie es Kochanowski bezeichnet, „emotionalen Erholung“ gekommen: Familienbeziehungen wurden intensiviert, nach Möglichkeit unternahm man Ausflüge. Davon zeugten auch Fotografien, die den üblichen Meinungen vom „Kriegsalltag“ widersprechen. Zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen habe zudem die Flucht in die Literatur gezählt, was die Popularität von Büchern stärkte.

Weitere interessante Aspekte illustrierte der Vortragende mit Karikaturen aus der Presse, die z.B. Schleichhändler mit dicken Bäuchen zeigen. Auch das Thema der Korruption habe im Kriegsalltag eine große Rolle gespielt, wie Kochanowski erläuterte. Seine Beobachtung, dass die Bestechlichkeit der Deutschen insbesondere nach dem Fall von Stalingrad 1943 zunahm, ist dabei besonders interessant. Die Analyse, die vor allem auf Tagebucheintragungen von Intellektuellen basierte, lieferte zahlreiche spannende und auch unerwartete Einblicke. Diese Resultate ermuntern dazu, eine systematische Erforschung des Alltagslebens im besetzten Polen in Angriff zu nehmen, die auch weitere Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Arbeiter und die Landbevölkerung umfasst. Insofern lieferte der Vortrag als Impuls der Tagung „Beyond Collaboration and Resistance: Everyday Life in Occupied Poland“ (siehe S. 10) wesentliche Anregungen. ■

Außenstelle Vilnius

25. Januar 2021 (online)

Susanne Schattenberg
Leonid Brezhnev as Statesman and Performer

Die Vorstellung von Leonid Breschnew als Staatsmann im Schatten Stalins bildete den diesjährigen Auftakt unserer Reihe „Montagsvorträge“. Zur Persönlichkeit des einflussreichen Generalsekretärs der UdSSR und seiner politischen Führung referierte Susanne Schattenberg am 25. Januar in ihrem Onlinevortrag. Organisiert wurde die Veranstaltung von unserer Außenstelle Vilnius in Zusammenarbeit mit dem Litauischen Historischen Institut und der Universität Vilnius.

Susanne Schattenberg, Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas sowie Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, stellte ihre Biografie Leonid Iljitsch Breschnews vor (herausgegeben zu seinem 35. Todestag im November 2017) und präsentierte die biografischen Kontroversen des am längsten regierenden sowjetischen Staatsmannes, der die Sowjetunion entscheidend prägte.

Breschnew, der von 1964 bis 1982 regierte, werde oft fälschlicherweise als „Hardliner“ und „Stalinist“ angesehen, der die Verfolgung der Dissidenten begann, oder als der Mann, der im Jahr 1968 in Prag und im Jahr 1979 in Afghanistan einmarschierte. Laut Schattenberg entspreche diese Darstellung jedoch nicht der Wahrheit. Vielmehr habe Breschnew wiederholt betont, dass sich der stalinistische Terror nicht wiederholen dürfe. Die Historikerin berichtete von ihrer Archivrecherche in der Ukraine und Moldawien, wo Breschnew von 1946 bis 1952 als Parteisekretär gearbeitet hatte. Während ihres Aufenthalts fand sie heraus, dass der Politiker in dieser Zeit noch stärker unter Stalin litt als vor dem Krieg. Zudem sei er die letzte Person gewesen, die der Niederschlagung des Prager Frühlings zustimmte, gleichzeitig jedoch nicht derjenige, der den Befehl zum Ausrücken der Panzer nach Kabul gab. Aufgrund seiner dauerhaften Bemühungen um Frieden und eine Annäherung an den Westen sei er laut Schattenberg statt als „Falke“ eher als „(Friedens-)Taube“ zu bezeichnen.

Parteitag der SED 1967, v.l. Erich Honecker, Leonid Breshnew. Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-F0417-0001-028 / Gahlbeck, Friedrich / CC-BY-SA 3.0

Daran anknüpfend gab die Vortragende einen kurzen Überblick über Breschnews außenpolitische Ziele: nachhaltiger Frieden, Annäherung an den Westen und ein neues Sicherheitssystem für Europa. Mithilfe der Emotionsgeschichte vollzog sie seine außenpolitischen Handlungen nach und verwies dabei auf ein breites Spektrum an Emotionen, die zum damaligen Zeitpunkt vorherrschten. Das erste entscheidende Gefühl sei die Angst vor dem Dritten Weltkrieg gewesen, doch auch Vertrauen sei zu einer entscheidenden Emotion Breschnews in Bezug auf die Außenpolitik geworden. Sowohl mit Bonn als auch mit Washington habe er einen „Geheimkanal“ aufgebaut, der ihn unter Umgehung der Ministerialapparate über wenige Vertrauensleute mit Brandt und Nixon verband. Zusätzlich dazu bemühte er sich, wie ein westlicher Staatsmann aufzutreten. Neben Angst (vor einem nächsten Krieg) und Vertrauen war Stress eine weitere Emotion, die im Kalten Krieg eine sehr entscheidende Rolle spielte, so Schattenberg. Breschnew hätte ständig mit dem Druck seines Amtes zu kämpfen gehabt, die Folgen: Schlaflosigkeit und Tablettensucht. Den Verfall und die Einsamkeit des Generalsekretärs thematisierte die Historikerin schließlich im letzten Teil ihres Vortrags.

Die folgende Diskussion widmete sich insbesondere Fragen zum Führungsstil Breschnews sowie zu dessen Visionen und seiner politischen Agenda. Darüber hinaus kamen die Rezeption des Buches sowie der Forschungstand zur Person Leonid Breschnews in Deutschland und Russland zur Sprache. ■

29. März 2021 (online)

Sandra Dahlke
Das Religiöse und das Weltliche in autobiografischen Texten adliger Damen im Russland des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts

Äbtissinnen, Hofdamen und Unternehmerinnen im Russischen Reich: Welche Bedeutung hatte das Religiöse für adlige Frauen im Russischen Reich des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts? Welche Rolle nahm die Sphäre des Kirchlichen im Leben dieser Damen ein? Mit diesen Fragen beschäftigt sich Sandra Dahlke in ihrer aktuellen Forschung.

Der Bedeutung von Religion im Russischen Reich widmete die Direktorin des DHI Moskau auch ihren Vortrag am 29. März, zu dem das DHI Warschau gemeinsam mit seiner Außenstelle Vilnius einlud. Am Beispiel autobiografischer Texte adliger Frauen im Zarenreich beschrieb sie die Bedeutung von Religion und der Sphäre des Kirchlichen und analysierte auch die Verknüpfung dieser Sphären mit dem Weltlichen und dem Politischen.

Im Zentrum standen die Erinnerungen von zwei adligen Damen: Elizaveta Naryshkina (1838–1928) und Praskov'ija Rozen (1825–1898) – Beides Frauen mit erheblichem Einfluss und enger Verbindung zum kaiserlichen Hof. Elizaveta Naryshkina stand bis 1917 im Rang der Oberhofmeisterin im Dienst der Kaiserlichen Familie und Praskov'ija Rozen wuchs als Tochter des Generalgouverneurs Baron Rozen auf. Damit seien die autobiografischen Aufzeichnungen dieser beiden Damen einerseits wertvolle Dokumente für die Analyse der Bedeutung von Religion und Sphäre des Kirchlichen, so Dahlke, andererseits lieferten sie Informationen darüber, wo sich die Bereiche des Religiösen und des Gesellschaftlichen bzw. Politischen überschnitten. Dahlke zufolge lassen sich an diesen Texten Hinweise zur Vorstellungswelt, zu Möglichkeitsräumen und Ambitionen ihrer Verfasserinnen ablesen, weshalb sie sie als wichtige Quellen für die Analyse der Welt- und Selbstwahrnehmung der Frauen in dieser Zeit bezeichnet.

Elizaveta Naryshkina Фотография
Quelle: Wikimedia Commons

Die Texte seien auf drei unterschiedliche Arten zu lesen: als sozialgeschichtliche Quelle, als Aufzeichnung eines bewussten Lebensvollzugs und als Versuch, das eigene Leben kohärent zusammenzufügen. Entstanden seien die Dokumente als Teil eines autobiografischen Booms, der mit der Periode der Großen Reformen begann. Die Zeit des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts sei durch eine Reihe gravierender Umbrüche gekennzeichnet gewesen, mit denen sich auch das Leben der adligen Frauen im Russischen Reich änderte. Es kam zum Ende der ihnen vertrauten Gesellschaftsform. Die Periode der Großen Reformen habe schließlich den Beginn eines Anstiegs autobiografischer Texte markiert. In ihren Aufzeichnungen verarbeiteten die Damen ihre Umbruchs- und Verlusterfahrungen (Verlust der „alten Zeit") und schrieben ihre Weltsicht nieder. Gleichzeitig hätten diese Texte neue Möglichkeiten eröffnet, seien zu einem „Experimentierfeld für neue Identitäten" geworden. Aus diesem Grund seien sie als eine Art „Streitschrift gegen neue Zeit" zu lesen, erklärte die Historikerin. Ihrer Ansicht nach offenbare sich darin die kritische Beteiligung der beiden Autorinnen an wichtigen politischen, kulturellen und theologischen Diskussionen jener Zeit.

Äbtissin Mitrofanija (Baronin Rozen)
Quelle: Wikimedia Commons

Die Religion sei in dieser Zeit zu einem Feld geworden, in dem Frauen Handlungsmöglichkeiten besaßen und so auch politisch Einfluss nehmen konnten. Für beide Frauen sei sie der Kern ihrer politischen Visionen und ihrer Vorstellungen vom guten Regieren gewesen. Praskov'ija Rozen, die als Äbtissin Mitrofanija lange in einer klösterlichen Gemeinschaft gelebt hatte, habe sich beispielsweise gut mit militärischer Disziplin und Fürsorge identifizieren können. Abschließend betonte Sandra Dahlke noch einmal, dass Religion für adlige Damen im Russischen Reich des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts nicht nur als Instrument der Selbstermächtigung fungierte, sondern ihnen auch einen größeren Handlungsrahmen eröffnete. In diesem konnten auch die beiden exemplarisch betrachteten Damen einen bedeutenden Einfluss ausüben.

An den wissenschaftlichen Onlinevortrag schloss sich eine virtuelle Diskussion an. Darin wurde u.a. die Frage danach gestellt, inwieweit der deutsche Bildungsroman die vorgestellten autobiografischen Texte der beiden behandelten Autorinnen beeinflusst habe. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Umsetzung des Bildungsideals in ihren Schriften. Die Veranstaltung war Teil der Reihe „Montagsvorträge" und wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Vilnius und dem Litauischen Historischen Institut organisiert. ■

26. April 2021 (online)

Malte Rolf
Imperial Russian Rule in the Kingdom of Poland, 1864–1915

Nach der Niederschlagung des polnischen Aufstands (1863–64) führte das russische Imperium ein neues Verwaltungs- und Kontrollsystem ein. Die zaristische Verwaltung, der Aufstieg des russischen Nationalismus und das höchst wechselhafte Verhältnis der kaiserlichen Bürokratie zur polnischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Thema des englischsprachigen Montagsvortrags. Malte Rolf, Professor für die Geschichte Europas der Neuzeit in Oldenburg, war am 26. April zu Gast in unserer Außenstelle Vilnius.

Den Beginn seines Vortrags widmete der Historiker der russischen Bürokratie und den zaristischen Statthaltern und Beamten in Polen. Ihm zufolge hatten die höchsten Vertreter des Imperiums durchaus realisiert, dass sie in Polen auf die Unterstützung lokaler politischer Akteure angewiesen waren. Um ihr Ziel zu erreichen, die komplexe polnische Gesellschaft zu regieren, mussten sie mit lokalen politischen Akteuren interagieren. Diese Art der Kooperation habe dazu geführt, dass sich Stadtpräsidenten, wie beispielsweise Warschauer Ortsvorsteher, als tatkräftige Fürsprecher für die Entwicklung der Stadt einsetzten. Sie unterstützten den Bau von Markthallen und einer Kanalisation und initiierten weitere Investitionen in die städtische Infrastruktur. Dass die kaiserliche Bürokratie somit keineswegs als monolithisch bezeichnet werden könne und die russischen Beamten keine untrennbare Einheit der Verwaltung gebildet hätten, veranschaulichte der Vortragende anhand dieser ausgewählten Beispiele.

Der Altmarkt mit der Paulinerkirche in Warschau, 1851–1900. Quelle: Wikimedia Commons

Neben der umfassenden Darstellung der imperialen Bürokratie nahm Malte Rolf anschließend den Aufstieg des russischen Nationalismus genauer unter die Lupe. Er fragte danach, inwieweit Nationalisten innerhalb der russischen Gemeinschaft im Königreich Polen mit den oberen Schichten der staatlichen Bürokratie in Konflikt gerieten. Auch die Rolle öffentlich geäußerter extremer Vorstellungen von Nationalismus in Bezug auf den traditionellen imperialen Rahmen kam zur Sprache. Rolfs Erkenntnissen zufolge blieben die nationalistischen Kräfte in diesem Zusammenhang jedoch erfolglos. Dennoch zeige dieser Konflikt sehr deutlich, wie sich der grundsätzliche Antagonismus zwischen Vertretern der imperialen Struktur und den lokalen russischen Nationalisten im Weichselland entwickelte.

Abschließend diskutierte der Oldenburger Historiker die Wechselwirkungen und Beziehungen zwischen der Metropole des russischen Imperiums und seiner Peripherien. Dabei betonte er, wie prägend die jahrhundertelange imperiale Herrschaft im Königreich Polen für das Selbstbild und die Selbstwahrnehmung der Russen gewesen sei. Diese Herrschaft habe nicht nur eine bemerkenswerte Wirkung auf das Zentrum ausgeübt, sondern darüber hinaus auch eine neue Form des russischen Nationalismus hervorgebracht.

Der Onlinevortrag wurde durch eine angeregte Diskussion ergänzt. Darin wurden neben historiografischen Fragen, der imperialen Politik und den Spannungsverhältnissen in den Bereichen Bildung und Religion auch postkoloniale Studien und deren Anwendbarkeit auf diese Fallstudie diskutiert. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Vilnius und dem Litauischen Historischen Institut organisiert. ■

Außenstelle Prag

9. November 2020 (online)

Tatjana Tönsmeyer
Leben unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg

Zum Thema „Leben unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg" organisierte die Prager Außenstelle des DHIW gemeinsam mit dem Collegium Carolinum München und dem Institut für das Studium der totalitären Regime (ÚSTR) einen Onlinevortrag. Darin stellte Tatjana Tönsmeyer (Wuppertal) einen kleinen Ausschnitt ihres aktuell laufenden Forschungsvorhabens zur nationalsozialistischen Okkupationspolitik in Europa vor. Schwerpunktmäßig nahm die Historikerin dabei außer Kraft gesetzte Routinen, neue Chancen und Gesellschaften unter Stress in den Blick.

Paris, Frauen mit Judenstern beim Einkaufen, 1942. Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-R99297 / CC-BY-SA 3.0

Zu Beginn betonte Tönsmeyer, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs sei bisher vor allem als Geschichte der nationalsozialistischen Expansion und ihrer Akteure geschrieben worden. Dabei werde der Schwerpunkt zumeist auf den Holocaust und Wehrmachtsverbrechen gelegt. Hinzu komme in vielen ehemals besetzten Ländern eine starke Ausrichtung auf Widerstandsbewegungen. Deutlich weniger befasst habe sich die Forschung hingegen mit den Auswirkungen der Besatzung auf den Alltag lokaler Bevölkerungen. Das Alltagsleben sei jedoch auf vielfältige Weise durch die Besatzung beeinflusst gewesen, nicht zuletzt durch die Notwendigkeit zur Interaktion zwischen Besetzten und Besatzern. Die Vortragende fragte nach der Handlungslogik der Betroffenen und zeigte, auf welche Weise eine solche Betrachtung zu einer weiteren Kontextualisierung der Shoah beitragen könnte.

Für ihre Analyse stellte die Historikerin drei Gruppen gegenüber — Besatzer, Juden und Nicht-Juden — und schilderte deren asymmetrische Beziehungen und

subjektive Erfahrungen vor Ort. Soziale Beziehungen im Krieg seien stets durch Gewalt geprägt gewesen. Die Besatzer hätten unter einer existenziellen Bedrohung gestanden, die sich auf ihre Verhaltensmuster und Handlungsweisen auswirkten. Diese Situation habe unterschiedliche Strategien generiert und beispielsweise zu einer Umschichtung der Gender- und Familienverhältnisse geführt. Aufgrund der Abwesenheit von Männern hätten zurückgebliebene Frauen, Kinder, Alte, Behinderte und Verletzte eine Vielfalt von Überlebenspraktiken entwickelt. Sie hätten mit einer schwierigen Wohnungs- und Versorgungslage umgehen müssen und sich mit Nachbarn und Verwandten zusammengeschlossen, betonte Tönsmeyer. Die meist mit der kommunistischen Diktatur assoziierte Mangelwirtschaft, in der Rationierung, Schwarzmarkt sowie lange Schlangen vor Geschäften an der Tagesordnung waren, habe es auch während des Zweiten Weltkriegs gegeben.

Als das gesamte besetzte Europa unter Fremdherrschaft stand, trennte man in den okkupierten Städten die deutschen Besatzer streng von der einheimischen Bevölkerung. Einen Alltag mit Privatsphäre gab es nicht mehr. Nach Anbruch der Dunkelheit wurde eine Sperrstunde eingeführt, den Besatzern standen bessere Wohnungsviertel, Schulgebäude und Geschäfte zur Verfügung. Ein Teil der städtischen Bevölkerung wurde auf dem Land einquartiert, wo sich ihre Lebensbedingungen noch verschärften. Vielerorts gab es eine Gemeindestationierung, die Menschen wurden in Keller gebracht oder mussten sich in der Kanalisation verstecken.

Die Umsiedlung der Bewohnerinnen und Bewohner, die Haus und Heim verloren, so Tönsmeyer, erinnere an die Kolonialphantasien, die die imperialen Mächte im 19. Jahrhundert in der außereuropäischen Welt realisierten. Rassismus und Antisemitismus seien so zum Bestandteil des Alltagslebens geworden. Nicht zuletzt sei die Geschichte des Zweiten Weltkriegs vor allem eine Geschichte des Verlusts der Familie: Lebenswelten wurden zerstört, Emotionen und Gefühle wie Trauer, Ohnmacht, Angst, Stress oder Wut häuften sich. All dies sei in zahlreichen Briefen und Tagebüchern festgehalten. Vor allem jüdische Menschen hätten in dieser Zeit täglich eine doppelte Bedrohung erlebt. Gehe es nach Tönsmeyer, solle man die Geschichte des Holocausts jedoch nicht ausschließlich auf eine passive Leidensgeschichte reduzieren, sondern müsse auch die Frage nach beschränkten Handlungsoptionen stellen. Unter den harten Bedingungen in den Internierungslagern sei ein Überleben ohne große Handlungskraft nicht möglich gewesen.

Im Schlusswort wies die Referentin auf die regionalen Unterschiede in der Besatzung hin und erklärte, es sei auch vorgekommen, dass Besatzer den Besetzten neben Repression und Verfolgung verschiedene Optionen und Chancen boten. So hätten sich während der Besatzungszeit soziale Strukturen reproduzieren können, die eine Besatzungsgesellschaft konstituierten. Die Geschichte dieser Gesellschaft aus der europäischen Perspektive müsse jedoch erst noch geschrieben werden. ■

24. Februar 2021 (online)

Piotr M. Majewski
Wann bricht der Krieg aus? 1938: Eine Studie über die Krise

Der Vorabend des Zweiten Weltkriegs: Wie sahen Ursachen und Folgen des politischen Handelns an diesem Tag aus? Diese Frage beantwortete Piotr M. Majewski in seinem Vortrag im Februar. Der polnische Spezialist für deutsch-tschechische Geschichte präsentierte seine Publikation „Kiedy wybuchnie wojna? 1938. Studium kryzysu" (2019) und widmete sich dabei insbesondere einem kleinen Ausschnitt dieses hoch geschätzten Buches. Schwerpunktthema der Präsentation war die Geschichte der internationalen Krise im Jahre 1938, die nach dem Beschluss des Münchner Abkommens zur Auflösung der ersten tschechoslowakischen Republik geführt hatte.

Einleitend erklärte Majewski, warum es wichtig sei, sich mit diesem bereits häufig untersuchten historischen Thema zu beschäftigen. Er wies darauf hin, dass sich das Buch vor allem an polnische Leser und Leserinnen richtet, für die das Münchner Abkommen ein noch relativ unbekanntes Kapitel sei. Im polnischen Geschichtsbewusstsein werde das „politische Diktat" der vier europäischen Länder, die ein selbstständiges Land dazu zwangen, auf den Teil ihres von der deutschen Minderheit bewohnten Territoriums zu verzichten, von der Interpretation über den nationalsozialistischen Überfall Polens und den Beginn des Zweiten Weltkrieges im Sommer 1939 verdeckt.

Quelle: Verlag Krytyka Polityczna

Aufgabe der Publikation sei es daher, nicht nur Konsequenzen der politischen Entscheidungen zu beschreiben, sondern auch einen Blick hinter die Kulissen zu werfen und die Psychologie der politischen Akteure näher zu charakterisieren. In diesem Zusammenhang erwähnte Majewski ein Netzwerk von „alten" Bekannten, in dem sich Politiker und Diplomaten gemeinsam mit Angestellten der Außenministerien trafen. Sie alle hätten sich lange Jahre in der europäischen Szene bewegt und gelegentlich persönlich zusammengefunden. Zu diesem Netzwerk hätten auch Aristokraten und Aristokratinnen, Doppelagenten und ein Gymnastiklehrer gehört, so Majewski. Sie alle seien in unterschiedlicher Art und Weise an den Ereignissen beteiligt gewesen, die sich Ende September 1938 in München ereigneten.

Weiterhin bemerkte der Vortragende, dass er sich im Buch nicht auf die tschechoslowakische Perspektive beschränke, sondern darüber hinaus versuche, den internationalen Umfang des Münchner Abkommens zu zeigen. Um den Verlauf dutzender Treffen zwischen Diplomaten und Vertretern von Regierungen und der Armee nachzubilden, bearbeitete er die Quellendokumente diverser Archive und Bibliotheken. Darüber hinaus setzte er sich mit der Frage auseinander, was dieses Ereignis für die politische Öffentlichkeit Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens bedeutete. In seine Darstellung bezog er auch die Haltung Polens und Ungarns ein, die zum tschechoslowakischen Nachbarn angespannte Beziehungen pflegten und sich um eine Revision der Staatsgrenzen bemühten. Auch die Tschechoslowakei habe sich nicht auf den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion verlassen können. Keines dieser Länder erwies sich in dieser Szenerie als positiver Held.

Neben der Geschichte der internationalen Beziehungen berücksichtigte Majewski auch die innenpolitischen Verhältnisse der einzelnen Länder. Er präsentierte deren Hauptprobleme und wichtigste Vertreter sowie Untersuchungen zu gesellschaftlichen Widersprüche, Bedürfnissen und Erwartungen. Ein weiteres interessantes und weniger bekanntes Thema ist die Opposition im Generalstab Deutschlands. Diese habe mit der Entscheidung gezögert, die Militäreinsätze einzuleiten, so der Historiker. Je entschlossener die Opposition aufgetreten sei, desto mehr sah sich Adolf Hitler dazu gedrängt, den Krieg zu beginnen. Damit verbunden sei eine in der tschechischen Geschichte endlose Debatte darüber, ob sich die tschechoslowakische Armee verteidigen konnte und sollte. Majewski zufolge sei die Tschechoslowakei zu diesem Zeitpunkt nicht kriegsbereit gewesen: Grenzbefestigungen waren noch nicht fertiggestellt, die Logistik voller Lücken. Und auch Offizieren und Soldaten fehlte es an ausreichender Ausbildung. Einige militärische Studien schätzen die maximale Verteidigungsdauer auf drei Tage. Dass dieser Schätzwert der Realität entsprochen haben könnte, zeigte sich ein Jahr später beim Überfall der Wehrmacht auf Polen. Eine ähnliche Verteidigungslinie in Nordwestpolen unterlag dem nationalsozialistischen Angriff nach drei Tagen.

Majewski betonte, er habe mit dem Buch keine rein akademische Arbeit vorlegen wollen. In Anlehnung an die aktuell zu beobachtende Tendenz in der ostmitteleuropäischen Historiografie stellte auch er die historische Erzählung in den Vordergrund. Sicher handele es sich nicht um historische Fiktion, dennoch seien im Buch viele literarische Elemente zu finden, die Leserinnen und Lesern die geschichtlichen Zusammenhänge und Ereignisse zugänglicher machen sollen.

Wie die Diskutierenden im Anschluss an den Vortrag positiv bewerteten, wirke das Buch wie die Reportage eines Zeitzeugen. Zur Verbildlichung der damaligen Atmosphäre lasse Majewski Zeitungskommentare einfließen, berichte über das Wetter, blicke auf die Tagesmenüs der Restaurants oder beschreibe die Aussicht von Diplomaten aus dem Hotelzimmer. Durch diese Beschreibung der Alltagsszenen von Protagonisten der internationalen Politik lese sich das Buch fast wie ein politischer Thriller, verliere dabei jedoch nicht an wissenschaftlichem Charakter.

Organisiert wurde die Veranstaltung von der gemeinsamen Prager Außenstelle des DHIW und des Collegium Carolinum München in Kooperation mit dem Historischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften. ■

18. März 2021 (online)

Heidi Hein-Kircher, Denisa Nešťáková
Family Planning in East Central Europe

In Polen demonstrieren seit Oktober 2020 tausende Frauen gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes. Ähnlich wie dort ist auch in der Slowakei eine klare Politisierung von Abtreibung und Verhütung zu beobachten. Im breiteren Kontext hängt diese mit der Auffassung der modernen Familie und der Familienplanung zusammen. Doch wie lassen sich diese Phänomene historisch einordnen?

Mit dieser Frage beschäftigt sich Heidi Hein-Kircher, Leiterin des Projekts „‚Familienplanung' in Ostmitteleuropa vom 19. Jahrhundert bis zur Zulassung der ‚Pille'" am Herder-Institut Marburg. Am 18. März hielt sie gemeinsam mit Denisa Nešťáková einen Vortrag zu diesem Thema.

Obwohl die Praktiken der Verhütung und Abtreibung zu den frühesten „Interventionen in die Biologie- und Menschenprozesse" zählen, werden sie von der politischen Öffentlichkeit erst seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts thematisiert. Ihre Beobachtungen zu diesem Phänomen beschrieb Heidi Hein-Kircher im ersten Teil des Doppelvortrags. Ende des 19. Jahrhunderts sei es in Wissenschaft, Technik und hinsichtlich des Lebensstandards zu bedeutenden Entwicklungen gekommen. Die Säkularisierung der Gesellschaft habe unter anderem zu einem veränderten Verständnis von Familie und Familienwerten geführt. Die Konsequenz: eine sinkende Geburtenrate. Zur normativen Lebensform wurde schließlich die „moderne nukleare Familie", bestehend aus ausschließlich blutsverwandten Eltern und ihren Kindern. Diese unterschied sich deutlich zur traditionellen Form, in der die gesamte Hausgemeinschaft zur Familie zählte. In dieser Zeit sei ein Aufschwung des modernen Interventionsstaates zu beobachten. Dieser habe zur Entstehung einer Sozial-

und Populationspolitik beigetragen, die auch Regelungen zur Familienplanung mit einschloss.

In der westlichen Welt ist die historische Untersuchung der Familienplanung im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert bereits sehr fortgeschritten. Darüber hinaus wurden dazu zahlreiche Studien aus der Frauen-, Sozial-, Medizin- und Alltagsgeschichte realisiert. In Osteuropa hingegen seien zur Geschichte der Familienplanung nur wenige Studien veröffentlicht worden, erklärte Hein-Kircher. Ihren Forschungen zufolge liegt die Aufmerksamkeit dieser hauptsächlich auf der Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Außerdem habe sich diese Forschung ausschließlich auf kürzere Zeitspannen im 20. Jahrhundert fokussiert und die longue durée-Perspektive außer Acht gelassen. Vor dem Hintergrund dieser Forschungslücke sprach sich die Vortragende deutlich dafür aus, die Entwicklung der Familienplanung in Ostmitteleuropa genauer zu untersuchen. Der Fokus der Untersuchung solle dabei nicht nur auf der Familienplanung in Polen und den Böhmischen Ländern liegen, sondern auch die Entwicklungen in weiteren ostmitteleuropäischen Staaten berücksichtigen. Schließlich lasse sich daran eine einflussreiche transnationale Politik ablesen. Die Entwicklung der Familienplanung seit Mitte des 19. Jahrhunderts sei daher ein Paradebeispiel des Wissens- und Kulturtransfers.

An diese Erkenntnisse knüpfte Denisa Nešťáková im zweiten Teil des Vortrags an. Sie stellte die Slowakei als von der Ostmitteleuropaforschung vernachlässigtes Land heraus. Hier seien Abtreibungen explizit vom Kriminalgesetzbuch Österreich-Ungarns verboten worden. Das Verbot blieb auch nach 1918 in Kraft, als die Slowakei der ersten tschechoslowakischen Republik beitrat. In der Zwischenkriegszeit habe es Bestrebungen gegeben, das Gesetz aufzuheben. Als Vorbild dafür galten die sozialdemokratische Politik der Weimarer Republik und die kommunistische Politik Sowjetrusslands. Doch jegliche Versuche, die Abtreibung zu liberalisieren, blieben erfolglos.

Diese Situation habe sich zudem fördernd auf die starke Stellung der katholischen Kirche ausgewirkt und später auch die Familienpolitik des Dritten Reiches unterstützt. Nach 1939, als die Slowakei Vasall des Dritten Reiches wurde, seien das dortige Abtreibungsgesetz verschärft und Schwangerschaftsabbrüche verboten worden. Als einzige Ausnahme habe eine lebensbedrohliche Situation für die Kindesmutter gegolten. Wenngleich die Politiker diese Praxis als Verstärkung der christlichen Moral deuteten, seien die Hauptziele eine steigende Geburtenrate und die männliche Kontrolle über den weiblichen Körper gewesen. Dies belegte die Vortragende anhand von mehreren Beschwerdebriefen, die in dieser Zeit von Frauen verfasst wurden.

Quelle: Staatliches Archiv Banská Bystrica

Während des Zweiten Weltkrieges hatten die europäischen Staaten zahlreiche Opfer zu beklagen. Durch den Ausnahmezustand herrschten auch im sog. „Ostblock“ Hunger, Not und Gewalt. Als Folge dessen seien die moralischen Regeln gelockert und auch Abtreibungen schrittweise liberalisiert worden, so Nešťáková. Die Sowjetisierung und eine Standardisierung „von oben“ könne man auch in Bezug auf das Abtreibungsgesetz feststellen. Schon 1956 seien die meisten ostmitteleuropäischen Länder dem sowjetischen Beispiel gefolgt und hätten die Legalisierung von Abtreibungen realisiert. Dennoch schien dies eher Teil eines sozioökonomischen Plans als ein Menschenrecht zu sein. Als Indiz hierfür führte die Historikerin die staatliche Unterstützung einer hohen Natalität in Ostmitteleuropa an.

Den Schluss des Vortrags bildete ein gemeinsames Fazit beider Referentinnen. Darin sprachen sie sich dafür aus, die Familienplanung in einem breiteren Kontext des soziokulturellen Wertewandels zu betrachten. Neben den im Vortrag thematisierten Entwicklungen der Säkularisierung und Rationalisierung sollten auch Individualisierungs- und Differenzierungsprozesse der Lebensstile in die Untersuchungen einfließen. In Ostmitteleuropa dürfe man zudem die Rolle des Wissens- und Kulturtransfers bei der Familienplanung nicht unbeachtet lassen. Denn insbesondere im Falle der Abtreibung wirkten politische Ideen und Praktiken sowohl Richtung Osten als auch Richtung Westen. Darüber hinaus seien diese auch mit Forderungen „von unten“ verwoben. Beeinflusst durch eine schwierige gesellschaftliche und ökonomische Lage seien die Themen Geburtenkontrolle und Abtreibung häufig unter historischen Aktivistinnen verbreitet worden.

Mit ihrem Vortrag „‚Family planning‘ in East Central Europe from the 19th century until the approval of the ‚pill‘“ präsentierten die beiden Wissenschaftlerinnen ihre aktuellen Forschungsergebnisse. Organisiert wurde der Onlinevortrag von der Prager Außenstelle des DHIW und des Collegium Carolinum gemeinsam mit der Fakultät für Naturwissenschaften der Prager Karls-Universität. ■

15. April 2021 (online)

Anna Artwińska
Masaryk erzählt sein Leben und Čapek schreibt es auf: Über Paradoxa eines kollaborativen Buchprojekts

In den 1920er 1930er Jahren berichtete Tomáš Garrigue Masaryk ausführlich über sein Leben. Niedergeschrieben wurde die Geschichte des ersten tschechoslowakischen Präsidenten vom berühmten tschechischen Schriftsteller Karel Čapek. Diesem kollaborativen Buchprojekt nimmt sich Anna Artwińska (Leipzig) in ihrer aktuellen Forschung zur tschechoslowakischen Literaturgeschichte in der Zwischenkriegszeit an. Am 15. April referierte die Juniorprofessorin für westslawische Literaturwissenschaft und Kulturstudien über ihr Forschungsvorhaben und rückte dabei mehrere Paradoxa des kollaborativen Buchprojekts in den Mittelpunkt. Der Onlinevortrag „Grenzfälle des autobiografischen Schreibens: Karel Čapeks 'Hovory s T. G. Masarykem'“ wurde von der Prager Außenstelle des DHIW gemeinsam mit dem Collegium Carolinum München und dem Masaryks Institut und Archiv der Tschechischen Akademie der Wissenschaften organisiert.

Im Laufe seines Lebens habe Masaryk zahlreiche soziale Rollen übernommen. Dies betonte die Vortragende gleich zu Beginn ihres Beitrags. Er sei ein sehr belesener Literaturfreund gewesen und habe tschechisch-, englisch-, deutsch- und russischsprachige Autoren kommentiert. Seine Korrespondenz bezeichnete Artwińska somit als nahezu unüberschaubar. Seine Bedeutung als Autor hingegen sei jedoch vergleichsweise gering ausgefallen, denn sein primärer Anspruch sei politisch anstatt von künstlerischer Natur gewesen. Literarische Werke habe er selbst nie verfasst. Wie auch das Sprechen in der Öffentlichkeit sei ihm das Schreiben generell nicht leicht gefallen. Als betagter Mann habe er viel über seine jugendlichen Versuche als Autor gescherzt und seine fehlende Eignung für das Schreiben ins Lächerliche gezogen.

Gleichzeitig habe Literatur für Masaryk eine beispielhafte Relevanz besessen – und zwar als Medium, erklärte die Wissenschaftlerin. Aus Sicht des Politikers ermögliche die literarische Ästhetik einen wichtigen Zugang zur Welt, der durchaus komplementär zu einer wissenschaftlichen Herangehensweise verlaufen konnte und sollte. Bereits seit der Veröffentlichung seiner ersten wissenschaftlichen Schriften habe sich Masaryk für die Möglichkeiten einer autobiografischen Erzählung interessiert. Dieses Interesse habe er sich über die Jahre erhalten, auch zeichne es sich später in einigen seiner politischen Schriften ab. Mit zunehmendem Alter hätten sich seine Gedanken über eine mögliche Verschriftlichung der eigenen Lebensgeschichte intensiviert, so Artwińska. Zu seinem Leben habe er selbst einen positiven, affirmativen Zugang gehabt und verkündet, seine eigene Lebenserfahrung sei prägender gewesen als der Einfluss von Philosophen und Dichtern.

Gespräche mit T. G. Masaryk, Quelle: Nationalbibliothek der Tschechischen Republik

Trotz dieser guten Ausgangssituation habe das gemeinsame Buchprojekt mit Čapek für Masaryk auch zu erkennbaren Herausforderungen geführt. Diese analysierte Anna Artwińska im zweiten Vortragsteil. Das gemeinschaftliche Verfassen einer Autobiografie basiere auf dem Prinzip der Subjektivität und schöpfe vor allem aus nicht verifizierbaren Erinnerungen. Daher sei das Verhältnis zwischen „Wahrheit und Dichtung“ in gemeinsam verfassten autobiografischen Texten per se anders: Das Subjekt dieser Erzählung sei hier nicht mehr „die einzige Autorität“, da seine Erinnerungen von einer anderen Person gespeichert, bearbeitet und zu Papier gebracht würden. Hier ergebe sich eine doppelte Spannung für das Subjekt, dass einerseits auf die Verlässlichkeit des eigenen Gedächtnisses angewiesen sei und andererseits auf das Verständnisvermögen der schreibenden Person. Die absolute Offenheit in der Darstellung der eigenen Lebensgeschichte sei demzufolge unmöglich.

Das Buchprojekt von Čapeks „Gespräche mit Masaryk“ stelle, so die Vortragende, ein besonders spannendes Beispiel für eine kollaborative Autobiografie dar. Nicht nur sei der Text aufgrund der Person und Biografie Masaryks und dessen Relevanz für die tschechische Kultur sehr bedeutend, das Buch veranschauliche zudem paradigmatisch all die Phänomene, die für diese Textform charakteristisch sind. Theoretische Probleme und Fragen zu Urheberrecht und Einheit des autobiografischen Ichs sowie die Spannung zwischen Monolog und Dialogizität machten den Text auch aus einer literaturwissenschaftlichen Perspektive hochinteressant.

Im Schlusswort verwies die Referentin noch einmal auf das Problem der kollaborativen Texte, bei denen Autor und der Erzähler nicht zusammenfallen, und kritisierte die Marginalisierung der sogenannten „Ghostwriter“, die in der europäischen Kultur häufig keinen guten Ruf genießen. Autor und Erzähler seien hier durch eine gewisse Distanz voneinander getrennt, das autobiografische Ich gesplittet. Die meisten in Kooperation verfassten Texte basierten auf einer Partnerschaft, die immer gewisse Ambivalenzen mit sich bringe. Und gerade weil die Linie so „dünn“ ist, dürfe die Rolle der Fragen stellenden Gesprächspartners bei der Analyse der kollaborativen Autobiografien nicht unterschätzt werden. ■

Stiftungsweit

Die Max Weber Stiftung mit Sitz in Bonn unterhält derzeit elf geisteswissenschaftliche Institute im Ausland. In der Rubrik „Stiftungsweit“ geben wir einen Überblick über ausgewählte Neuigkeiten und Veranstaltungen unserer Partnerinstitute und werfen einen Blick nach Paris, London, Moskau, Rom, Washington, Tokyo, Beirut, Istanbul und Delhi. Weiterführende Informationen finden sich auf den Internetseiten der Institute.

DHI Washington

Vor 24 Jahren ging der Historiker Sören Urbansky für ein Austauschjahr nach Polen. Heute lebt und arbeitet der Leiter des Pazifikbüros des DHI Washington in Kalifornien. Im Deutschlandfunk Kultur sprach der gebürtige Leipziger über seine Reisen in das chinesisch-russische Grenzgebiet. Seine erste Reise in den Fernen Osten trat er bereits kurz nach dem Abitur an. Nun hat er das Buch „An den Ufern des Amur“ über eine Grenzregion voller Widersprüche geschrieben, das im Februar 2021 im C.H. Beck Verlag erschienen ist.

DHI Moskau

Während des Zweiten Weltkriegs gerieten bis zu 5,7 Millionen sowjetische Soldat:innen und Offizier:innen in deutsche Kriegsgefangenschaft, mehr als drei Millionen starben. Der deutsche Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen zählt zu den größten Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkriegs. Die Namen und Biografien vieler sowjetischer Kriegsgefangener sind noch unbekannt. Im Gemeinschaftsprojekt „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte“ bemühen sich Deutschland und die Russische Föderation, diese Leerstellen zu schließen. Anlässlich des 80. Jahrestags des deutschen Überfalls auf die UdSSR veranstaltet das Projekt eine Podiumsdiskussion, die der Bedeutung von Archiven für die Klärung der Schicksale sowjetischer Kriegsgefangener gewidmet ist. Die Veranstaltung findet im Rahmen des Deutschlandjahrs in Russland 2020/2021 statt.

MWS-Geschäftsstelle Bonn

„Hannah Arendt heute“ lautet der Titel der vierteiligen Interviewreihe, die begleitend zur Ausstellung „Hannah Arendt und das 20. Jahrhundert“ (Bundeskunsthalle Bonn) veröffentlicht wurde. Initiiert hat sie das Projekt „Geisteswissenschaft im Dialog“ der Max Weber Stiftung, um die aktuelle gesellschaftliche Relevanz der politischen Theoretikerin und ihrer Themen zu beleuchten. Die Gesprächsreihe ist eine Kooperation der Max Weber Stiftung mit der Bundeskunsthalle sowie der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften. Alle Interviews werden auf dem GiD-Blog www.gid.hypotheses.org veröffentlicht.

DIJ Tokyo

In ihrem jüngsten DIJ Working Paper stellt die stellvertretende Direktorin Barbara Holthus die Ergebnisse einer groß angelegten Umfrage zu sozialen Bewegungen im Japan nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima vor. Die Studie wurde 2017 mit fast 80.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Großraum Tokyo durchgeführt. Ziel ist es, zu verstehen, wer mit der 3.11-Bewegung sympathisierte, wer mobilisiert wurde und wer an den Protesten teilnahm. „Gendered social movements in post-3.11 Japan: A survey report“ stützt sich auf das laufende Forschungsprojekt „Social movements and gender in post-3.11 Japan“ und ist im Open Access verfügbar: https://dij.tokyo/wp311.

DHI London

In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten haben wir einen regelrechten Boom in der Holocaust-Forschung erlebt. Diese Entwicklung ging einher mit einer Reihe neuer Forschungstrends, Perspektiven und Ansätze, die sich deutlich von denen unterscheiden, die die Pionierarbeit der Wissenschaftler in den Nachkriegsjahren leisteten. In seinem Onlinevortrag „Holocaust Research: Achievements, Changes, Problems, and Challenges“ (24. Juni 17:30 Uhr) diskutiert Frank Bajohr (München) einige dieser neuen Trends im Detail. Dabei geht er auch auf Probleme und Herausforderungen wie die Ritualisierung der Erinnerung und die nationalistische Funktionalisierung des Holocausts ein.

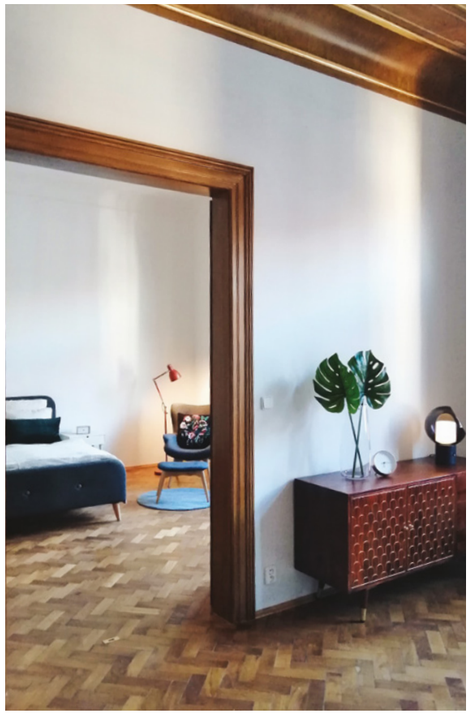
DHI Rom

Das Kino als politisches Medium nimmt der jüngst erschienene Band „Cinema as a Political Media. Germany and Italy Compared, 1945–1950s“ des DHI Rom in den Blick, der von Clemens Zimmermann und Lutz Klinkhammer herausgegeben wurde. In den 12 Beiträgen widmet sich die internationale Autorengruppe den jeweiligen nationalen Interpretationen der Vergangenheit in Deutschland und Italien im Film. Analysiert werden sowohl die filmischen Erzählmuster wichtiger Einzelwerke und die wechselseitige Wahrnehmung der Filme. Auch der zeitgenössische Kontext der Debatte über die Schrecken und Traumata der nationalsozialistischen wie faschistischen Vergangenheit in beiden Ländern wird in die Betrachtung miteinbezogen.

Residenzprogramm an der Außenstelle Prag

Seit Beginn des Jahres 2020 ist das DHI Warschau stolzer Besitzer einer Wohnung in der tschechischen Hauptstadt. Die 136 Quadratmeter in der Prager Altstadt stehen Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern für einen Forschungsaufenthalt zur Verfügung. Die Wohnung befindet sich in zentraler Lage zwischen wichtigen Forschungsstandorten wie der Tschechischen Nationalbibliothek und der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität samt Bibliothek. Außerdem ist durch die unmittelbare Nähe zur Prager Außenstelle des DHI Warschau der Kontakt zu ortskundigen Wissenschaftlern gegeben. Als ersten Gastwissenschaftler konnten wir vom 15. Januar bis 15. Juni 2020 Prof. Dr. Michael G. Müller vor Ort begrüßen. Als zweiter Gastwissenschaftler hat Prof. Dr. Ralph Schattkowsky (Rostock und Thorn) die Wohnung bezogen. Während seines sechsmonatigen Forschungsaufenthalts vom 1. September 2020 bis zum 28. Februar 2021 hat er dort zur Person Josef Pfitzners geforscht, einem deutschen Historiker aus Brünn und nationalsozialistischen Kommunalpolitiker, der als Mediävist die erste umfangreiche Biografie von Witowt / Witold / Vytautas dem Großen verfasste. In der Protektoratszeit bekleidete Pfitzner das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters von Prag, nach dem Krieg wurde er als Vertreter der NS-Herrschaft hingerichtet.

Ein Bericht aus Prag:



Als mir die Ehre der Einladung als „fellow in residence" der DHIW-Außenstelle Prag zuteilwurde, war ich aufgefordert, ein Forschungsthema zu formulieren. Ich brauchte nicht lange zu überlegen, denn bei Prag hatte ich sofort die Assoziation Josef Pfitzner. Vor meinen Studien zur Osteuropaforschung in Polen war mir dieser lediglich durch Arbeiten zur sudetendeutschen Geschichte und seine enge Bindung an den Nationalsozialismus bekannt gewesen. Bei der Arbeit an meinem Buch wurde ich dann jedoch auf einen Forschungsbericht von ihm aufmerksam, der als äußerst aussagefähige Quelle diente. Der Aufenthalt in Prag bot Gelegenheit, Werk und Person Pfitzners mehr in den Fokus des Zwischenkriegsdiskurses zur Geschichte Osteuropas zu rücken und so bisher weniger entwickelten Perspektiven nachzugehen.

Zum Glück hatte ich für die Vorbereitung des Forschungsaufenthaltes ausreichend Zeit. Ich konnte das zugängliche Material sichten und auch schon sammeln. Dies sollte sich als äußerst begünstigender Umstand erweisen, denn das Frühjahr 2020 brachte die Pandemie und damit unvorhersehbare Bedingungen für den Aufenthalt mit sich – wenn nicht sogar seine Infragestellung. Konsultationen mit Michael G. Müller, dem ersten „Pragonauten", der in Prag die „erste Coronawelle" erlebte, gaben mir Orientierung und bestärkten mich in meinem Vorhaben und der Vorbereitung.

Mit einer, wenn auch trügerischen, Entspannung im Sommer stand der Anreise nichts mehr im Wege. Prag empfing mich und meine Frau am 1. September mit traumhaftem, geradezu hochsommerlichem Wetter. Die Arbeit konnte ohne Einschränkungen beginnen. Eingebettet in die Nachbarschaft von Klementinum (Nationalbibliothek) und Philosophischer Fakultät der Karls-Universität mit Historischem Institut und germanistischer Bibliothek wurde mir das Arbeiten leicht gemacht. Zum Archiv der Akademie der Wissenschaften, wo der für meine Arbeit wichtigere Teil des Pfitzner-Nachlasses liegt, war es etwas weiter. Eine gute Gelegenheit jedoch, die Stadt besser kennen zu lernen. Der relativ spät entdeckte Nachlass ist sehr gut dokumentiert und bearbeitet. Ein hilfsbereiter Archivar gab über Querverweise weitere Hinweise auf Informationen in anderen Beständen. Briefwechsel und unveröffentlichte Manuskripte ermöglichten über die ohnehin sehr überschaubare Sekundärliteratur hinaus tiefere Einblicke in den intellektuell-politischen Werdegang Pfitzners. Die Arbeiten im Archiv konnte ich Mitte Oktober abschließen und auch notwendige Bücher aus der Bibliothek beschaffen.

Dann war Schluss! Alles wurde geschlossen und ich ging mit meinen Büchern und Kopien in Klausur. Was nicht mehr öffentlich zugänglich war, wurde mir von dem Leiter der Außenstelle, Herrn Zdeněk Nebřenský, beschafft, sodass ich arbeiten konnte und das Forschungsprogramm und damit der Aufenthalt nicht in Frage gestellt wurde. Der Internetzugang füllte oftmals die entstandenen Lücken.

Bei meinen Studien habe ich mich auf zwei Schwerpunkte konzentriert: Zunächst war es die Frage nach einem essentiellen Beitrag des Wissenschaftlers Pfitzner zum Osteuropadiskurs der Zwischenkriegszeit und die damit verbundene Rezeption der diskursiven Elemente. Dabei ging es mir vor allem um die Haltung Pfitzners zur tragenden Rolle polnischer Historiker in diesem Diskurs. Darüber hinaus sollten die Studien auch einen Beitrag leisten zur Aufdeckung von Mechanismen und Voraussetzungen der Ideologisierung von Wissenschaftlern im Nationalsozialismus. Das erforderte die Berücksichtigung des Gesamtwerkes Pfitzners und die Einbeziehung milieubedingter Aspekte seines Handelns.

Am 16. Februar hatte ich Gelegenheit, Ergebnisse meiner Untersuchungen in einem Online-Kolloquium der Außenstelle vorzustellen und bedanke mich für die anregende Diskussion. Ich wurde dabei in meinen Vorstellungen über weiterhin offene Fragen und Problemlagen bestätigt, deren Identifizierung ich von vornherein als Teil meiner Aufgabenstellung begriffen hatte. So verfestigte sich für mich der Eindruck, dass die Debatte um die Frage „Was ist Osteuropa?" der Zwischenkriegszeit vor allem in ihren paradigmatischen Ansätzen im Abgleich mit methodischen Angeboten der Geschichtswissenschaft noch nicht ausreichend untersucht ist und die dazu vorliegende Literatur, wie das Grundlagenwerk von Josef Macurek, nicht erschöpfend ausgewertet wurde. Auch scheint mir der Verlauf der Debatte sehr formal dargestellt und bleibt ohne die hinreichende Berücksichtigung der kommunikativen Stränge oder „Binnenkommunikation" wenig aussagefähig. Dabei könnte doch gerade hier, wenn auch als sehr schwierige Aufgabe, Näheres über die Dynamik methodisch-theoretischen Denkens erfahren werden. Eng damit verbunden könnte die Wechselwirkung von Innovation und Milieu als Faktor einer Ideologisierung auf ihre Erkenntnisfähigkeit befragt werden.

Natürlich war der Forschungsaufenthalt unter den Bedingungen der Pandemie mit harten Einschränkungen verbunden. Konnte die Schließung der akademischen Einrichtungen weitestgehend kompensiert werden, so war vor allem die sich aus dem „Notstand" ergebende mangelnde persönliche Kommunikation mit Kolleginnen und Kollegen aus Prag eine bittere Pille. Einen gewissen Ersatz boten die wöchentlichen Treffen mit den beiden Leitern der gemeinsamen Außenstelle des DHI Warschau und des Collegium Carolinum, bei denen Probleme meiner Thematik und allgemeiner Art der Geschichtswissenschaft aber auch der aktuellen Politik Gegenstand waren. Über das Internet konnte ich an verschiedenen Kolloquien teilnehmen und Otar Konrad als Spezialisten für die Deutsche Universität Prag konsultieren. Schließlich waren ausgiebige Spaziergänge in den wunderbaren Parks der Stadt Ersatz für

Ralph Schattkowsky

böhmische Knödel und so eine Zeit notgedrungener, gewisser materieller Entsagung auch Gelegenheit sich darüber zu vergewissern, was man eigentlich wirklich braucht.

Der Aufenthalt in dieser privilegierten Atmosphäre war für mich nicht nur Bereicherung meiner wissenschaftlichen Erfahrungen nahezu unbeschwerten Arbeitens, sondern für mich und meine Frau einfach eine schöne und unvergessliche Zeit. Ich danke dem DHI Warschau und namentlich seinem Direktor Miloš Řezník für die Einladung sowie Herrn Zdeněk Nebřenský für seine unaufdringliche Betreuung.

Rostock, März 2021
Ralph Schattkowsky

Prof. Dr. Ralph Schattkowsky war bis zu seiner Verrentung apl Professor für Neuere und Osteuropäische Geschichte am Historischen Institut der Universität Rostock. Er ist ordentlicher Professor an der Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn und hatte bis 2019 den Lehrstuhl für die Geschichte der Internationalen Beziehungen an der Fakultät für Politologie und Internationale Studien inne. Von 2008 bis 2018 leitete er dort die Copernicus Graduate School und gab gemeinsam mit Miloš Řezník die „CGS Studies" heraus. Schattkowsky bearbeitete und leitete mehrfach Forschungsprojekte bei unterschiedlichen Stiftungen, zuletzt das Projekt „Osteuropaforschung in Polen 1918–1939" bei der DFG. Prof. Schattkowsky ist Träger des Verdienstordens der Republik Polen. ■

Neuerscheinungen

Der Einfluss des Zentrums auf die Regionen

Die Monografie stellt Strategien und Determinanten der nationalen Bewusstseinsbildung in Polen und Deutschland in Bezug auf Peripherien vor. Diese werden im Hinblick auf ihre Wahrnehmung durch äußere Milieus betrachtet, welche wiederum eine neue Sichtweise einnehmen, die in zentralen Regionen von Peripheriegemeinschaften konstruiert wird. Sie formuliert die Hypothese, dass das Bild der Peripherien, das im soziokulturellen Diskurs in den Zentralregionen entsteht, nationale Züge aufweist. Diese schaffen ein kohärentes und konsistentes Bild des Staates – sowohl aus polnischer als auch aus deutscher Perspektive.

Die Autorin hat äußerst umfangreiches und vielfältiges Forschungsmaterial zusammengetragen, wofür sie in vielen polnischen und deutschen Archiven akribisch recherchiert hat. Sie hat sich nicht nur mit der Fachliteratur zu diesem Thema vertraut gemacht, sondern auch zahlreiche Quellen der Epoche (Tagebücher, Memoiren, Presse usw.) analysiert. Dies zeigt ihre hohe Werkstattkompetenz und Forschungsneugierde. (Aus einer Rezension von Andrzej Sakson.)

Dieses Buch weist zu Recht darauf hin, dass die Integrationsprozesse in Deutschland von der Idee geleitet wurden, die Macht des preußischen Staates aufzubauen, während in Polen die Integration mit der Bildung eines Nationalbewusstseins und der Schaffung der Grundlagen eines unabhängigen Staates verbunden war. Der Schwerpunkt lag auf der Nation im Sinne von Gemeinschaft und Staat. (...) Es ist ein innovatives Werk, weil es Probleme diskutiert, die in der wissenschaftlichen Literatur noch nie so gründlich und erschöpfend beschrieben worden sind. Es ist das erste Mal, dass die Auswirkungen des Zentrums auf die Peripherie in so komplementärer Weise am Beispiel Berlin-Niederlausitz und Warschau-Podlachien analysiert wurden. (Aus einer Rezension von Zygmunt Woźniczki.)

Aleksandra Kmak-Pamirska ist Religionswissenschaftlerin und Europapolitikerin. Sie verteidigte ihre Doktorarbeit mit dem Titel „Bischof Carl Maria Splett im historischen Gedächtnis" am Institut für Geschichte der Jagiellonen-Universität Krakau. Sie gewann eine Auszeichnung in der achten Ausgabe des von PAN und IPN organisierten Wettbewerbs für das beste historische Debüt des Jahres 2014. Sie ist Stipendiatin des KAAD und des Herder-Instituts in Marburg. Ihre Forschungsinteressen drehen sich um Fragen der Erinnerung, den Zweiten Weltkrieg, die Zentrum-Peripherie-Theorie, die Rolle der Religion bei der Bildung von Staaten und Staatssystemen und die Problematik autoritärer und totalitärer Staaten. Von November 2014 bis November 2018 war Kmak-Pamirska wissenschaftliche Mitarbeiterin am DHI Warschau. ■

Aleksandra Kmak-Pamirska: Centrum – Peryferia - Naród. Uwarunkowania w Polsce i w Niemczech w XIX i na początku XX wieku, Warschau, Verlag der Universität 2020, 392 S., ISBN: 9788323543275

Zur Wahrnehmung der osmanischen Bedrohung

„Unter großen Gefahren entstehen große Dinge." Eine solche Gefahr war im 17. Jahrhundert für die Rzeczpospolita das Osmanische Reich. Die Auseinandersetzung mit der osmanischen Expansion und die Erinnerung daran haben bleibende Spuren materieller und visueller Natur hinterlassen. Sie spiegeln verschiedene Phänomene des Gedenkens an die Türkenkriege in der Adels- und Hofkultur wider, die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Osmanen und der Bedrohung durch sie. Die Angst mischte sich mit der Wertschätzung des Gegners, die Rolle des Bollwerks der Christenheit mit der Faszination für seine Kultur.

Die Autorin konzentriert sich auf die Variabilität der Wahrnehmung der osmanischen Bedrohung sowie der Kommemoration in den Familien Żółkiewski, Sobieski und Radziwiłł und analysiert die Werke und Formen des Gedenkens an den Widerstand gegen die Expansion anhand von Żółkiew (Žovkva) – der Stadt von Hetman Stanisław Żółkiewski und zugleich eine der Lieblingsresidenzen seines Urenkels, Jan III. Sobieski.

Die Publikation erscheint in der Reihe „Silva Rerum" und ist als Kooperation des DHI Warschau mit dem Schlossmuseum König Jan III in Wilanów entstanden. Es handelt sich um die Übersetzung der Dissertation der Verfasserin ins Polnische. In deutscher Sprache erschien sie unter dem Titel „Die Türkenkriege im Spiegel der polnisch-litauischen Adelskultur. Kommemoration und Repräsentation bei den Żółkiewski, Sobieski und Radziwiłł" (Ostfildern 2013). ■

Sabine Jagodzinski: W namiotach wezyrskich. Komemoracja wojen tureckich w kulturze szlacheckiej, aus dem Deutschen: Róża Zielnik-Kołodzińska, Warschau: Palastmuseum Wilanów 2020, 433 S., ISBN 978-83-66-104-52-5

Offizielle Geschichten für Osteuropa?

Unter „Official History" wird eine staatlich geförderte und ideologisch motivierte Auslegung der Vergangenheit verstanden, die politischen Zielen meist nicht-demokratischer Regime dient. Der optimistische Glaube, dies würde mit dem Zerfall der Sowjetunion ein Ende nehmen, stellte sich als naiv heraus. Pierre Nora behauptete, dass in den letzten 30 Jahren eine „allgemeine Politisierung von Geschichte" – die Ideologisierung der Arbeit von Historiker:innen – beobachtet werden konnte.

Wie wird die Arbeit von Historikerinnen und Historikern heute von den langjährigen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts in Osteuropa beeinflusst? Was könnte eine „offizielle Geschichte" für staatenlose Nationen oder selbsternannte „Republiken" bedeuten? Wie wurde die ukrainische Geschichtswissenschaft sowjetisch oder ihr die Sowjetisierung aufgezwungen? Welche Räume für individuelle Forschungsinitiativen oder sogar minimalsten Dissens mit den vorgeschriebenen Forschungsplänen wurden in den offiziellen Geschichtsinstitutionen der Sowjetunion und des sozialistischen Polens geboten? Wie wurden russische Geschichtsbücher in der postsowjetischen Zeit umgeschrieben? Welche Rolle spielen Literatur, Film, Denkmäler, Tourismus oder Rituale in der Geschichtspolitik? Wie wurde das Gedächtnis an den Zweiten Weltkrieg im gegenwärtigen russisch-ukrainischen Konflikt instrumentalisiert und wie beeinflussen die Bilder des Krieges im Donbas die geschichtspolitischen Debatten in benachbarten postsowjetischen Staaten?

Diesen Fragen wird in den interdisziplinären Beiträgen dieses Bandes von Forschenden aus Österreich, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Litauen, Polen, der Schweiz und der Ukraine nachgegangen. Der Großteil der Artikel entstand im Rahmen des Forschungsprojektes „Divided Memories, Shared Memories. Ukraine/Russia/Poland (20th–21st centuries): An Entangled History" (gefördert durch den Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) an der Universität Genf und wurde erstmals im Juni 2018 auf der Konferenz „Official History in Eastern Europe. Transregional Perspectives" am DHI Warschau präsentiert. ■

Official History in Eastern Europe, eds. Korine Amacher / Andrii Portnov / Viktoriia Serhiienko (= DHI Warschau, Einzelveröffentlichungen Bd. 40), Osnabrück: fibre 2021, 362 S., ISBN 978-3-944870-71-7

Nach den Friedensverträgen von Versailles

Die Friedensverträge von Versailles, Saint-Germain und Trianon mit ihren Bestimmungen über neue Grenzen betrafen vor allem die Situation in Mitteleuropa. Zugleich wurden aber gerade in dieser Region die Grenzen ihrer Prinzipien und Anwendbarkeit am deutlichsten. Dies zeigte sich vor allem in den Bereichen der Grenzgarantien, der Beilegung von Territorialstreitigkeiten, der Regelung von Minderheitenrechten und des Ideals der nationalen Selbstbestimmung.

Der von Dariusz Makiłła und Miloš Řezník herausgegebene Band analysiert, wie diese Widersprüche auftraten und wie sie sowohl in einer internen, mitteleuropäischen, als auch in einer externen Perspektive behandelt wurden. Der Fokus liegt auf den Strategien und Visionen des zukünftigen Arrangements während und vor allem nach den Friedensverhandlungen. Die Autorinnen und Autoren aus Albanien, Österreich, Tschechien, Deutschland, Italien, Polen, der Slowakei, Russland und den USA

analysieren Strategien und Diskurse der Akteure der einzelnen nationalen Gesellschaften. Gleichzeitig wenden sie aber auch einen vergleichenden und transnationalen Ansatz an. Sie beschäftigen sich sowohl mit den „großen“ Akteuren der Geschichte (Diplomaten, Politiker, intellektuelle Eliten...) als auch mit den strukturellen Bedingungen des Funktionierens des „Versailler Systems“. ■

Miloš Řezník, Dariusz Makiłła (Hg.): After the Peace Treaty of Versailles (1919): New Order of Central Europe (= DHI Warschau, Quellen und Studien Bd. 39), Wiesbaden: Harrassowitz 2021, ISBN: 978-3-447-11565-0

Spielen im Staatssozialismus

In Millionen Wohn- und Jugendzimmern, in Kasernen, Klassenzimmern und Kneipen spielten Menschen während des Staatssozialismus: Karten-, Brett- und ab den 1980er-Jahren auch Computerspiele. Doch aus Sicht der Staatsmacht sollte das Spielen nicht zweckfrei sein, sondern im Dienst des utopischen Großprojektes stehen: Es galt, „neue Menschen“ zu erziehen und die Überlegenheit des Kommunismus im Wettstreit der Systeme zu demonstrieren. Angesiedelt zwischen Unterhaltung und sozialer Disziplinierung, werden Spiele und das Spielen selbst im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2021 als Sonden zur Untersuchung der staatssozialistischen Gesellschaften herangezogen. Im Spannungsfeld von politischer Steuerung, Mangelwirtschaft und vergnüglichem Kräftemessen erweist sich das Spielen als Instrument der „Erziehungsdiktatur“ ebenso wie als Möglichkeit, im kreativen „Probehandeln“ Grenzen auszuhandeln und zu überschreiten.

Das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2021 erschien am 15. März 2021. Mit seinem Themenschwerpunkt „Spielen im Staatssozialismus. Zwischen Sozialdisziplinierung und Vergnügen“ geht der Band auf die gleichnamige Konferenz zurück, die im Dezember 2019 vom DHI Warschau mitveranstaltet wurde. Gastherausgeberinnen waren neben Juliane Brauer auch unsere ehemaligen Mitarbeiterinnen Maren Röger und Sabine Stach.

Maren Röger ist Juniorprofessorin an der Universität Augsburg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählt die Geschichte Ostmitteleuropas, insbesondere Habsburger Imperium, Polen, Rumänien, und Deutschlands vom 19.–21. Jahrhundert. Von 2010 bis 2015 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am DHI Warschau.

Sabine Stach ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (Abteilung „Kultur und Imagination“). Von 2015–2020 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am DHI Warschau tätig, wo sie u.a. die Konferenz „Spielen im Staatssozialismus“ organisierte, die im Dezember 2019 in Berlin stattfand. Aktuell arbeitet sie an einer Monografie zur Geschichte des Staatssozialismus in kommerziellen Stadtführungen. ■

Ulrich Mählert (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2021, Berlin: Metropol 2021, 336 S., ISBN: 978-3-86331-590-0

Märtyrer: Zwischen Opfer und Held

Jan Palach und Oskar Brüsewitz, der außerhalb Deutschlands wenig bekannt ist, verbindet ein ähnliches Schicksal. Nicht nur zündete sich Brüsewitz, Pfarrer in der Nähe von Zeitz in der DDR, im August 1976 aus Protest gegen das kommunistische Regime selbst an. Er wurde auch wie Palach zum politischen Märtyrer stilisiert. In ihrem Buch zeigt die Autorin, wie die Vorstellung von Palach und Brüsewitz auf symbolischer Ebene zwischen „Opfer“ und „Held“ oszilliert und welche Funktionen beide als Diskursfiguren für verschiedene – westliche und östliche – Akteure erfüll(t)en. Bei der Veröffentlichung handelt es sich um die Promotionsschrift der Autorin. Diese erschien 2016 unter dem Titel „Vermächtnispolitik. Jan Palach und Oskar Brüsewitz als politische Märtyrer“ im Verlag Wallstein. ■

Sabine Stach, Politika odkazu, aus dem Deutschen: Zdeněk Hartmann, Prag: Academia 2021, 625 S., ISBN 978-80-200-3177-8

Palimpsest Grodno jetzt auf Belarussisch

Die im Deutschen Historischen Institut Warschau erschienene Studie „Palimpsest Grodno. Nationalisierung, Nivellierung und Sowjetisierung einer mitteleuropäischen Stadt 1919–1991“ erschien im Frühjahr 2021 im Minsker Verlag Arche auf Belarussisch. Eine erste Buchpräsentation fand am 18. März im Zentrum des städtischen Lebens in Grodno statt, an der 60 Einwohner der Stadt unter Einhaltung der Hygieneregeln teilnahmen. Der Autor und wissenschaftliche Mitarbeiter am DHI Warschau, Felix Ackermann, führte über Zoom von Warschau aus in das Buch ein und zeigte zusätzliche Materialien. Zu diesen gehören Schwarz-Weiß-Fotografien von Natalja Dorosh sowie ein eigens für die belarussische Ausgabe geschriebenes Nachwort, in dem der Autor auf das Jahrzehnt seit Erscheinen der deutschen Ausgabe zurückblickt.

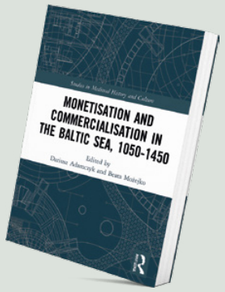
Nach zehn Jahren wird deutlich, dass die Metapher eines Palimpsests noch immer aktuell ist. Betrachtet man den städtischen Raum als Schichtung der Spuren unterschiedlicher Zeiten, die wie bei einem mehrfach verwendeten Papyrus gelöscht und neu eingeschrieben werden, wird klar, dass dieses Verfahren kein Ende hat. So wurde allein im vergangenen Sommer ein neues Kapitel in der Stadtgeschichte aufgeschlagen, dessen Ausgang noch ungewiss ist. Für diejenigen Einwohner, die sich in Grodno für die Geschichte ihrer Stadt jenseits ideologischer Gefechte interessieren, bietet das Buch von Felix Ackermann gänzlich neue Einblicke, weil er Quellenbestände in Belarus, Polen, Israel, Deutschland und den USA analysierte.

Die deutsche Fassung von Palimpsest Grodno ist auf Perspektivia.net frei zugängig zum Download. Die Lokalgeschichte der heute belarussischen Stadt Grodno ist eine Mikrostudie über die Zone, die bis heute von den Nachwirkungen der deutschen und sowjetischen Verheerungen im Zuge des Zweiten Weltkriegs geprägt ist. Ackermanns Studie zeichnet das Ineinandergreifen von Völkermord, Zwangsarbeit, Deportationen und Umsiedlungen nach und analysiert, wie die Besatzer aktiv ethnische und nationale Zuschreibungen einsetzten, um diese Prozesse zu steuern. ■

Пераклад зроблены паводле выданьня: Felix Ackermann: Palimpsest Grodno: Nationalisierung, Nivellierung und Sowjetisierung einer mitteleuropäischen Stadt (1919–1991). Wiesbaden: Harrassowitz 2010, 372 S., ISBN 978-5-00076-051-2

Silber und Gold im Ostseeraum

„Monetisation and Commercialisation in the Baltic Sea, 1050–1450“ behandelt die vielfältige Verwendung von Silber und Gold im Ostseeraum während des Mittelalters. In zehn Originalbeiträgen werden Münzen und Währungen, Handel, Wirtschaft und Macht untersucht. Dabei wird die veraltete wirtschaftsgeschichtliche Herangehensweise vermieden, welche von einer Progression von „primitiven“ Formen hin zu „entwickelten“ Strukturen ausgeht. Das Buch kombiniert eine Vielzahl methodischer Ansätze und zieht schriftliche Quellen, archäologische und numismatische Zeugnisse sowie anthropologische Perspektiven heran. Anhand dieser Materialien werden die verschiedenen Arten untersucht, in denen Silber und Gold in den hoch- und



Dariusz Adamczyk, Beata Możejko (Hg.): Monetisation and Commercialisation in the Baltic Sea, 1050–1450, New York, routledge 2021, 188 S., ISBN 9780367898564

spätmittelalterlichen Gesellschaften des Ostseeraums als Zahlungsmittel, fiskalische Machtinstrumente und Geschenke verwendet wurden. Der Sammelband ist das Ergebnis der Tagung „Monetarisierungsmomente und Kommerzialisierungszonen im Ostseeraum 1050–1450“, die im September 2018 am DHI Warschau stattfand. ■

Der Regierungsbezirk Zichenau

Auf Kosten Polens annektierte das Deutsche Reich 1939 den nördlichen Teil Masowiens um die Kleinstadt Ciechanów und gliederte ihn als „Regierungsbezirk Zichenau“ in die Provinz Ostpreußen ein. Diese erfuhr dadurch eine große territoriale Ausdehnung. Zichenau wurde nunmehr zum Experimentierfeld der Königsberger Gauleitung unter Erich Koch mit seinen kolonialen Ambitionen im östlichen Europa. Er plante – von der ländlichen Siedlung bis zum Stadtumbau – den kompletten „Neuaufbau“ des annektierten Gebiets im nationalsozialistischen Sinne. Die Geschichte dieser Annexion wurde bisher kaum thematisiert, weder auf deutscher, noch auf polnischer Seite.

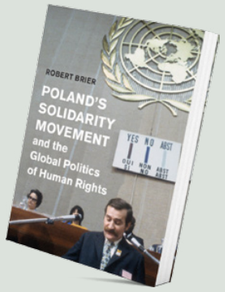
Die 13 Beiträge dieses Sammelbandes, der auf eine Tagung am DHI Warschau im Mai 2017 zurückgeht, beleuchten Einzelaspekte der deutschen Besatzung in Nordmasowien, zu denen bislang kaum Forschungen vorliegen. Dabei fragen die Autoren verschiedener Provenienz nicht nur nach Ideologie, Struktur und Charakter der Besatzungsherrschaft und der an ihr beteiligten Institutionen und Repressionsorgane, sondern auch nach dem Alltagsleben sowie Überlebensstrategien der besetzten Bevölkerung. Ein besonderer Fokus liegt auf den vielfältigen Formen von massiver Gewalt gegen die einheimische Bevölkerung, die im Falle der Juden im Völkermord endete. ■

Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939–1945 (= DHI Warschau, Einzelveröffentlichungen Bd. 42), Osnabrück: fibre 2021, 416 S., 22 Abb., geb., ISBN 978-3-944870-75-5

Die polnische Solidarność-Bewegung

Die polnische Solidarność-Bewegung ist einer der Hauptakteure der jüngeren Menschenrechtsgeschichte. In seiner soeben erschienenen Publikation untersucht Robert Brier diese Bewegung und stellt damit die Sichtweise infrage, die 1980er Jahre seien kaum mehr als ein Nachklang des menschenrechtlichen Durchbruchs des vorangegangenen Jahrzehnts. 1981 unterdrückt, wurde die Solidarność-Bewegung von einer überraschend vielfältigen Gruppe internationaler Akteure unterstützt. Brier nimmt in seiner Analyse intellektuelle Positionen, politische Strategien und die Ikonen jener Zeit unter die Lupe und schildert seine Erkenntnisse in fesselnder Weise.

Robert Brier ist Historiker mit dem Schwerpunkt auf der Schnittstelle von internationalen Beziehungen und Geistesgeschichte im späten zwanzigsten Jahrhundert. In den Jahren 2009–2015 hat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am DHI Warschau untersucht, wie die Sprache der Menschenrechte das Ende des Kalten Krieges prägte, und zu diesem Thema auch mehrere sehr beachtete Veranstaltungen organisiert. Mit dieser Publikation liegen nun seine Forschungsergebnisse vor. ■

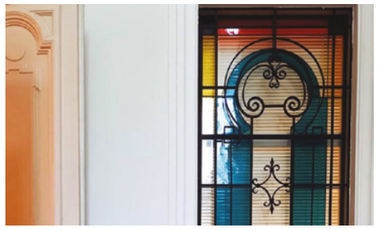


Robert Brier: Poland's Solidarity Movement and the Global Politics of Human Rights, Cambridge University Press 2021, ISBN: 9781108565233

Sonstiges

Digitale Veranstaltungen des DHI Warschau

Aufgrund der pandemischen Lage hatten wir unseren Betrieb vorübergehend auf virtuelle Veranstaltungen umgestellt. Die Bibliothek reagierte auf die Schließung mit einem Scan-Service. So wurde es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auch in der Situation geschlossener Archive ermöglicht, ihre Projekte fortzusetzen. Der erste digitale Vortrag unserer Reihe „Dienstagsvorträge“ fand am 27. Oktober 2020 über die Plattform Zoom statt. Auf diese Weise wurde Forschenden und Interessierten auch außerhalb Polens, Litauens und Tschechiens eine Teilnahme ermöglicht, was einen fruchtbaren Austausch befördert hat. Selbstverständlich wurden und werden auch all unsere Onlinevorträge simultan Deutsch-Polnisch gedolmetscht. Dennoch freuen wir uns sehr, dass wir seit dem Frühjahr 2021 nun auch wieder zu hybriden Veranstaltungen ins Warschauer DHI und unsere Außenstellen einladen können. ■



Wir begrüßen Forschende aus Belarus

Das Bewerbungsverfahren für unser Stipendienprogramm ist abgeschlossen. Gemeinsam mit dem Tadeusz-Manteuffel-Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften konnten wir am 1. Februar 2021 sechs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Belarus begrüßen:

Irena Ławrowska nutzt ihr sechsmonatiges Forschungsstipendium für die Fortsetzung ihres Projekts zur Rekonstruktion der Soziotopografie des frühneuzeitlichen Brest Litewski. Der Integration und Souveränität in den Beziehungen zwischen dem Großfürstentum Litauen und dem Königreich Polen in den Jahren 1385–1569 widmet sich Vasil Varonin im Rahmen seines Postdoktorandenstipendiums. Die Sejmiken der Woiwodschaft Nowogrodek in den Jahren 1565–1632 sind Gegenstand der Forschungen von Andrej Radaman, der elf Monate in Warschau verbringen wird. Uladzimir Shypila forscht zu Positionen des Klerus und der Gläubigen und nimmt die unierte Diözese Polozk am Vorabend der Spaltung der unierten Kirche im Jahr 1839 in den Blick. Veranika Lebedz führt im Rahmen ihres Stipendiums Forschungen zur Geschichte der archäologischen Forschung in Westbelarus in der Zwischenkriegszeit 1921–1939 fort und Yauhen Malikau nutzt seinen Aufenthalt in Polen für die Arbeit an seinem Projekt mit dem Titel „Holzornamentik der traditionellen Architektur als Schlüssel zum Verständnis der künstlerischen Besonderheiten der mittel- und osteuropäischen Nationen“.

Das Stipendienprogramm richtet sich an Historikerinnen und Historiker aus Belarus, denen die Möglichkeit genommen wurde, ihre wissenschaftliche Tätigkeit in ihrem Heimatland auszuüben. Der mehrmonatige Aufenthalt in Warschau soll dazu dienen, Bewerbungen für Ausschreibungen längerer Forschungsprojekte zu verfassen, die von Forschungseinrichtungen in Polen und anderen Ländern finanziert werden. Stipendien wurden für den Zeitraum vom 1. Februar bis 31. Dezember 2021 vergeben. ■

Neues Projekt zur Euroskepsis

Nicht erst die Flüchtlingskrise und die COVID-19-Pandemie haben den europäischen Zusammenhalt auf eine große Probe gestellt. Vielmehr gingen die europäische Idee und die Skepsis gegenüber Europa von jeher Hand in Hand. Ohne die Skepsis gegenüber der europäischen Einigung in die Überlegungen miteinzubeziehen ist es daher nahezu unmöglich, ein Verständnis der Vergangenheit zu entwickeln – geschweige denn eine zukünftige Förderung von Zusammenhalt in Europa.

Für ein neues Projekt zum Thema Europaskepsis schließen sich nun die drei Institute der Max Weber Stiftung in London, Rom und Warschau mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung zusammen. Unter dem Titel „Europas Gegenbewegungen. Euroskeptische Verflechtungen von den Anfängen der Europäischen Integration bis heute“ untersuchen wir interdisziplinäre und transnationale Perspektiven auf ein europäisches Thema. Im Fokus stehen eurokritische Stimmen seit den 1950er Jahren.

Die bisherige Forschung hat sich weitgehend auf die jüngere Vergangenheit und europafeindliche politische Parteien konzentriert. Kritik an der europäischen Integration geht jedoch vielfach auf eine längere Entwicklung zurück. Dabei spielten sowohl soziale Bewegungen als auch gesellschaftliche Eliten in Verwaltung, Wirtschaft und Medien eine wichtige Rolle. Diese sprachen keineswegs immer mit einer Stimme, sondern stammten aus unterschiedlichen politischen Lagern. Sie beeinflussten den Prozess der europäischen Integration von Beginn an, entwarfen eigene, alternative Europakonzepte und schlossen Verbindungen über nationale Grenzen hinweg. Ziel des neuen Projekts ist es, die historischen Wurzeln

und die Wirkungsmacht dieser Konzepte und Zusammenschlüsse zu erklären.

Als Einstimmung darauf fand bereits am 16. Dezember 2020 unter dem Reihentitel „Havarie Europa“ ein Vortrag von Isabel Schnabel, Mitglied des Direktoriums der Europäische Zentralbank (EZB), statt. Die Wirtschaftswissenschaftlerin

Europäische Zentralbank, Frankfurt 2005, Quelle: Wikimedia Commons

thematisierte darin das Vertrauen der Öffentlichkeit in Zentralbanken. Auf Basis empirischer Evidenz analysierte sie die Entwicklung des Vertrauens in die EZB und die Europäische Währungsunion und erklärte, wie sich die Corona-Krise bisher auf das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger ausgewirkt hat. Im Anschluss diskutierten Waltraud Schelkle (London School of Economics), Aaron Sahr (HIS) und Moritz Schieritz (Wochenzeitung Die Zeit), was diese Entwicklungen für die Währungsunion und die EZB bedeuten und welche Rolle Kommunikation spielen kann, um Vertrauen zu gewinnen. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, dem Info-Point Europa Hamburg und Tide TV statt und wurde per Livestream übertragen.

Das Forschungsvorhaben wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit rund 1,5 Millionen Euro gefördert und hat seine Arbeit zum 1. April 2021 aufgenommen. Der erste Workshop des Projekts ist für August / September 2021 geplant. ■

Ausstellung: Vom Nahen Osten in den Ostblock

Wie sah Forschungsmigration in Zeiten des Kalten Krieges aus? Was zog junge Studierende damals ins Ausland? Und wo stehen diese Menschen heute? Die Ausstellung „Vom Nahen Osten in den Ostblock“ schaut zurück in die 1950er bis 90er Jahre. Besucherinnen und Besucher erfahren, wie Mobilität und Migration von Studierenden aus Westasien und Nordafrika in die Staaten des Ostblocks damals aussah. Neben Informationen zum Studium selbst geben wir Einblicke in das studentische Leben und politische Aktivitäten der Gäste aus dem Orient.

Im institutsübergreifenden Forschungsprojekt „Wissen entgrenzen“ beschäftigen wir uns mit Internationalisierung, Vernetzung und Innovation in den Staaten des ehemaligen Ostblocks. Beteiligt sind das Orient-Institut Beirut sowie die Deutschen Historischen Institute Moskau und Warschau. Ziel ist es, innovative Forschungsfelder zu erschließen. Erste Ergebnisse dieses Projekts präsentieren wir jetzt in einer Fotoausstellung in Berlin. Die Ausstellung ist vom 11. bis 20. Juni täglich von 11 bis 18 Uhr im Konferenzraum des Berliner DDR-Museums zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Zum Rahmenprogramm zählt eine Podiumsdiskussion in Berlin. Zum Thema „Vom Nahen Osten in die DDR“ diskutieren am 11. Juni Sophia Hoffmann (Berlin), Stella Kneifel (Erfurt), Ala Al-Hamarneh (Beirut), Patrice Poutrus (Erfurt). Die Moderation übernimmt Birgit Schäbler vom Orient-Institut Beirut. Eine Ausstellung zum selben Thema in Warschau ist für Oktober 2021 geplant. ■

Zum Tod von Anna Kędziorek

Mit großer Trauer haben wir vom Tod von Anna Kędziorek erfahren. Als Chefredakteurin des Warschauer Universitätsverlags unterstützte Frau Kędziorek auch das DHI Warschau seit vielen Jahren, indem sie zahlreiche unserer polnischen Publikationen redigierte. Kędziorek war eine hochgeschätzte Spezialistin, die sich in der komplizierten Welt der wissenschaftlichen Texte gut zurechtfand. Sie zeigte ungebrochenen Enthusiasmus für alle Projekte, die das DHIW in Zusammenarbeit mit der Warschauer Universität realisierte, und beeindruckte uns dabei stets mit ihrer Professionalität und ihrem Fingerspitzengefühl, insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Autor:innen, Übersetzer:innen und Verleger:innen. Die Nachricht über ihren Tod erreichte uns überraschend während der Arbeit an unseren nächsten beiden Publikationen. Ihrer Familie und ihren Kolleginnen und Kollegen sprechen wir unser herzlichstes Beileid aus. ■

Quelle: Warschauer Universitätsverlag

Stipendiaten

Johann Nicolai hält sich von Juni bis November 2021 als Langzeitstipendiat am DHI Warschau auf. Er widmet sich einem Forschungsprojekt, das sich mit der jüdischen Selbstbehauptung in der ‚Provinz‘ befasst und die Landesverbände des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in den ehemaligen deutschen Ostgebieten 1920–1938 unter die Lupe nimmt. Damit soll eine relevante Forschungslücke geschlossen werden, die sich vor allem auf die Existenzfragen jüdischer Gemeinden in Grenzgebieten zum deutschsprachigen Raum bezieht. Von besonderem Interesse sind dabei die jüdischen Gemeinden, die sich aufgrund des Versailler Vertrages nach 1918 auf dem Territorium des polnischen Staates befanden. Herr Nicolai will hier untersuchen, wie die weitere Zugehörigkeit der Landesverbände des Centralvereins in den nun polnischen Gebieten funktionierte, bzw. welchen Auswirkungen die sich als deutschpatriotischen verstehenden Juden im Centralverein als doppelte Minderheit zwischen allen Fronten ausgesetzt waren. Diese Fragestellung mündet auch in eine weitergehende, die sich mit Grenzregionen als kulturellen Schnittstellen jüdischen Lebens in vergleichender Perspektive befasst.

Der Bearbeiter plant neben der bereits erfolgten Auswertung der Aktenbestände aus der Wiener Library London, Bestände zu Gemeinden, die im Jüdischen Historischen Institut Warschau sowie in Regionalarchiven liegen, zu bearbeiten.

Für November, zum Ende der Laufzeit des Forschungsaufenthaltes, ist ein kleiner Workshop geplant, auf dem Ergebnisse und weitere Forschungsfragen mit polnischen Kolleg:innen und Vertreter:innen von Regionalmuseen und Archiven diskutiert werden sollen.

Das Projekt soll anschließend im Rahmen des zweijährigen Post-Doc-Programms PASIFIC der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) zu einem Forschungsprojekt zur jüdischen Minderheit in den Grenzregionen Deutschlands zu Polen und Frankreich erweitert und als Zweitbuchprojekt im Sinne des „Weimarer Dreiecks“ umgesetzt werden. ■

Von April bis November 2021 weilt **Claudia Vollmer** (Fernuniversität Hagen) als Langzeitstipendiatin am DHI Warschau und an der Außenstelle in Vilnius. Sie verfolgt ein Forschungsprojekt unter dem Titel: „Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung – in transnationaler Perspektive“. In diesem Rahmen untersucht sie einen Todesmarsch aus verschiedenen Außenlagern des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig, der in einem Massaker am Ostseestrand in Palmnicken (heute russ. Yantarny) endete. Mehrere Tausend jüdische Häftlinge, vor allem Frauen aus Polen, Ungarn und den baltischen Republiken, wurden von der SS und ihren Helfern, unter ihnen Hilfskräfte unterschiedlicher Nationalität, ermordet. Der Ort des Geschehens ist heute durch ein Denkmal markiert, die großen Umrisse des Geschehens sind bekannt. Allerdings wurden viele Aspekte des Geschehens bisher nicht untersucht. Auch die juristische Aufarbeitung, die in mehreren Staaten in unterschiedlicher Intensität erfolgte, ist bisher nicht übergreifend betrachtet und analysiert worden. Frau Vollmer, die bereits mit einem Stipendium des DHI Moskau zu diesem Thema in russischen Archiven geforscht hat, recherchiert nun Täter- und Opferakten in polnischen Einrichtungen. Damit soll eine umfassende und systematische Studie zu diesem NS-Endphaseverbrechen entstehen. Von besonderem Interesse ist u.a. die Vielzahl der in dieses Ereignis involvierten Nationalitäten und staatlichen Zugehörigkeiten, gerade angesichts der landläufigen Meinung, dass es sich hier um ein lokales Ereignis gehandelt habe. Für November, zum Ende der Laufzeit des Forschungsaufenthaltes, ist ein kleiner internationaler Workshop geplant, auf dem weitere Forschungsfragen mit Kolleg:innen aus verschiedenen Ländern diskutiert werden sollen. ■

Personalien

Seit dem 1. März 2021 ist **Jaśmina Korczak-Siedlecka** wissenschaftliche Mitarbeiterin am DHI Warschau. Zuvor war sie in der Forschungsgruppe „Ländliche Gemeinschaften" am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) an der Universität Leipzig tätig. Ihre polnischsprachige Dissertation „Gewalt und Ehre im sozialen Leben der Dörfer auf der Frischen Nehrung im 16. bis 17. Jahrhundert" (Thorn 2021) wurde bereits mit zwei Preisen ausgezeichnet: Im Wettbewerb „Monografie" der Stiftung für polnische Wissenschaft (Fundacja na rzecz Nauki Polskiej) gewann das Buch den ersten Preis und 2019 wurde es im Wettbewerb „Polnische Landschaft – Erbe und Zukunft" ausgezeichnet, der von der Stiftung für die Entwicklung der polnischen Landwirtschaft (Fundacja na rzecz Rozwoju Polskiego Rolnictwa) unter der Ehrenschirmherrschaft des Polnischen UNESCO-Komitees ausgerichtet wird. Ihr aktuelles Forschungsprojekt trägt den Titel „Protestantische Bauern im frühneuzeitlichen Polen — Konfessionalisierung des ländlichen Raums in Pommern". ■

Beata Jurkowicz ist Europa- und Deutschlandforscherin und Pädagogin. Ihre Doktorarbeit verfasste sie zur Bedeutung deutschen Kulturguts für die deutsch-polnischen Beziehungen. 2011 erhielt sie das Robert-Schuman-Stipendium am Europäischen Parlament. In der Stiftung für die Entwicklung des Bildungssystems (Fundacja Rozwoju Systemu Edukacji) war sie am Aufbau der Elektronischen Plattform für Erwachsenenbildung in Europa (EPALE) beteiligt und förderte das Programm Erasmus+. Darüber hinaus ist sie Teil des Expertenteams bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen. Am DHI Warschau forscht Jurkowicz seit dem 15. April 2021 im Rahmen des Projekts „Euroskepsis", dem gemeinsamen Projekt der DHIs in London, Rom und Warschau mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung. ■

Ebenfalls für das Projekt „Euroskepsis" gewinnen konnten wir **Olga Gontarska**, die am 1. Juni 2021 ihre Arbeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei uns begonnen hat. Das institutsübergreifende Projekt ist im Forschungsbereich 5 angesiedelt und untersucht Euroskeptische Verflechtungen von den Anfängen der Europäischen Integration bis heute. Auf ihr Studium der Geschichte, das sie mit einer Arbeit zum Verhältnis von Avantgarde-Künstlern zur Macht im sowjetischen Russland beendet hat, folgten ein Aufbaustudium für Journalismus und Kommunikation sowie eine Promotion. Ihre Doktorarbeit zum Thema „Geschichtsvorstellungen in ukrainischen Spielfilmen nach 1991" verteidigte Gontarska 2021 mit summa cum laude. ■

Zum 28. Februar 2021 hat **Jos Stübner** das DHI Warschau verlassen. Der Historiker war seit Februar 2015 als wissenschaftlicher Assistent der Institutsleitung beschäftigt. Zu seinen Tätigkeiten zählten das Lektorat deutscher Texte, die Vorbereitung zahlreicher Publikationen der Institutsreihen sowie die Mitarbeit bei der Organisation von Konferenzen. In seinen Forschungen außerhalb des DHI Warschau beschäftigt sich Stübner mit der Landes- und Regionalgeschichte sowie der Geschichtspolitik Polens und Tschechiens, 2017 wurde er promoviert. Seine Arbeit trägt den Titel „Kleinstadt, Klasse und Nation. Stadtkonzepte in Böhmen vor und nach dem Ersten Weltkrieg am Beispiel von Rokycany und Cheb (Eger)". ■

Termine

Für alle als online oder hybrid gekennzeichneten Veranstaltungen wird ein Online-Zugang eingerichtet. Die Zugangslinks sowie weitere Informationen finden Sie auf unserer Institutswebsite.

Änderungen vorbehalten.
Informationen zu unseren Veranstaltungen finden Sie in unserem Online-Kalender unter:
www.dhi.waw.pl/veranstaltungen/

3. Juni 2021
Thomas Mann Haus Nida (hybrid)
Tagung: **Leisure History(ies): The Significance of Summer in the Biography**

7.–10. Juni 2021
DHI Warschau (hybrid)
Tagung: **Zweierlei Neuanfang. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in West und Ost – Demokratisierung versus Stalinisierung**

22.–23. Juni 2021
Thomas Mann Haus Nida (hybrid)
Workshop: **Neue Ansätze zur Geschichte der Suvalkija**

5.–9. Juli 2021
Universität Warschau (hybrid)
Memory Studies Association Annual Conference "Convergences"

8. Juli 2021
DHI Warschau (online)
Joachim-Lelewel-Gespräch:
To Whom Does the Museum Belong?

14. Juli 2021
Thomas Mann Haus Nida (hybrid)
Montagsvortrag im Rahmen des Thomas-Mann-Festivals in Nida: Michael North (Greifswald): Die Ostsee: literarische Konstruktionen einer Region

31. August – 2. September 2021
Hamburg
I. Workshop des Projekts „Euroskepsis"

14.–19. September 2021
Sofia
Tagung: **Transregional Academy: Shadows of Empires. Imperial Legacies and Mythologies in East Central Europe**

16.–17. September 2021
online
3. Tagung des Projekts „Wissen entgrenzen" Contested Knowledge in a Connected World

28.–29. September 2021
DHI Warschau (hybrid)
Tagung: **Konflikte in den Städten des Königreichs Polen, Pommern und Schlesien im 13.–18. Jahrhundert und Möglichkeiten, diese zu überwinden**

Oktober 2021
DHI Warschau
Workshop: **Wer baut ein Museum?**

5. Oktober 2021
Prag (online)
Vortrag: **Prof. Dr. Werner Plumpe: Das Kalte Herz. Kapitalismus. Die Geschichte einer andauernden Revolution**

4.–6. November 2021
DHIW-Außenstelle Prag
Tagung: **Die ungleiche Entwicklung der Regionen: Das „jüngere Europa" im trans- und interkontinentalen Netzwerk**

11.–13. November 2021
Danzig
Tagung: **Der ungewollte Kompromiss. Die Freie Stadt Danzig 1920–1939**

17.–19. November 2021
Polanica-Zdrój
8. Internationale Tagung „Gebirge – Literatur – Kultur" Der „Bergmensch": Ontologisierung, Stereotypisierung, (Auto)stilisierung

25.–27. November 2021
Krakau
Tagung: **Angewandte Geschichte. Politische Formung, kulturelle Praxis und wissenschaftliche Argumentation**

2. Dezember 2021
DHI Warschau
Joachim-Lelewel-Gespräch: **Knowledge relations between Polish People's Republic and the 'friendly' regimes of Africa and the Middle East**

8. Dezember 2021
Villa Lanna Prag
Tagung: **„Ostmitteleuropa" – Fragestellungen und Zukunftsvisionen für die 2020er Jahre**

16.–17. Juni 2022
DHIW-Außenstelle Vilnius
Tagung: **Understanding Childhood and Construction of National Identities in Central and Eastern Europe from 18th Century until the Beginning of the Second World War**

Impressum

Herausgeber:
Deutsches Historisches Institut Warschau

Redaktion:
Josephine Schwark, Kinga Wołoszyn-Kowanda

Redaktionsschluss: Juni 2021

Grafische Gestaltung: Marta Warmińska

Deutsches Historisches Institut Warschau
Pałac Karnickich
Aleje Ujazdowskie 39
00-540 Warszawa

Tel.: +48-22-525 83-00
Fax: +48-22-525 83-37
E-mail: dhi@dhi.waw.pl
www.dhi.waw.pl/de/

www.dhi.waw.pl
www.facebook.com/DHIWarschau/

Das Copyright für alle Abbildungen im vorliegenden Newsletter liegt beim DHI Warschau. Ausnahmen sind separat gekennzeichnet.

Deutsches Historisches Institut Warschau
Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie

Max Weber Stiftung
Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland